

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 M., für 3 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pfg., exkl. Postgeb.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schoenau.**

Anzerate werden die Spaltenbreite oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinskonzesse 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Anzerate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition angesetzt sein. — Aufgegebenes Anzerate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Olympia-Leipzig.

Leipzig, 2. Juni.

Ein neuer nationalliberaler Humbug droht. Unsere höheren Schulmeister haben alles getan, um uns den Geschmack an den alten Griechen zu verderben. Sie wollen unser Volk zwingen, die antike hellenische Gesellschaft nur durch die Brille eines verkümmerten Gelehrtentums zu schauen, und sie haben die interessantesten Erscheinungen jener einst so glänzenden Kulturwelt in eine Wolke von Trivialitäten gehüllt. Wenn daher von diesen Kreisen der Versuch gemacht wird, Erscheinungen aus dem alten Hellas mit der modernen Zeit in direkte Verbindung zu bringen, so muß in uns ein doppeltes Mißtrauen erwachen.

Aus Professorenkreisen ist die Anregung ergangen, in Deutschland nach dem Muster der alten Hellenen olympische Spiele einzuführen. Da zum Schauplatz dieser neuesten „nationalen“ Schöpfung unsere altberühmte „Seestadt“ Leipzig, resp. ein Schlachtfeld von 1813 ausersehen ist, so lohnt es sich für uns, die Sache näher zu betrachten. Die großen Fest- und Kampfspiele der Griechen fanden bekanntlich alle vier Jahre dem Zeus zu Ehren in dem Thal von Olympia statt und waren der Ausdruck der nationalen Einheit der Griechen. Der Einheitsgedanke war bei den Griechen so stark, daß ihre olympischen Spiele die blutigsten Zwistigkeiten der einzelnen Stämme überdauerten. Man will nun ein deutsch-nationales Olympia schaffen, d. h. es sollen in Deutschland neue Nationalfeste und zwar Nationaltage für deutsche Kampfspiele geschaffen werden, an denen die deutsche Jugend zeigen soll, was sie an Leibesübungen leisten kann.

Das wäre also eigentlich nichts anderes, als eine Art Turnfest, und dagegen könnte man an sich nichts einwenden. Aber man kann sich leicht denken, daß so etwas nicht unternommen wird, ohne daß man dem Ganzen eine bestimmte Färbung giebt.

Aus der Droschüre, die ein hannoverscher Professor über die vom Jahre 1900 ab regelmäßig abzuhaltenden „deutschen Kampfspiele“ geschrieben hat, erfahren wir denn auch, daß es die deutsche Einheit oder die Begründung des deutschen Reiches sein soll, die auf diesen „olympischen Spielen“ verherrlicht werden soll; es sollen „patriotische“ Lieder gesungen, „patriotische“ Schauspiele aufgeführt und „patriotische“ Reden gehalten werden. Was sich hinter den

\* Nationaltage und deutsche Kampfspiele. Von R. Kaydt. Leipzig, Volkshändler.

„patriotischen“ Redensarten verbirgt, weiß man nun schon; es handelt sich um eine ganz gewöhnliche nationalliberale Machenschaft; es soll eine neue Gelegenheit geschaffen werden, bei der der widerwärtige nationalliberale Wismarck-Kultus halboffiziell bis zum Ueberdruß getrieben werden kann und bei der alle die bekannten nationalliberalen Gemeinplätze dem Publikum, auch wenn es nicht teilt, wenigstens in den Festberichten wieder aufgedrängt werden können. Um die Sache möglichst aufzubauhen, wird der ganze Plan mit den olympischen Spielen auf eine Stufe gestellt, wie man von der Bescheidenheit deutscher Professoren ja wohl erwarten dürfte. Wir brauchen hier nicht auseinander zu setzen, wie den olympischen Spielen der Griechen ganz andere Ideen und ganz andere soziale Einrichtungen zu Grunde lagen, so daß ein Vergleich in jeder Beziehung verfehlt erscheint. Um den Unterschied auch äußerlich darzustellen, braucht man nur daran zu erinnern, daß bei den olympischen Spielen einst der berühmte Geschichtsschreiber Herodot seine Werke vorgelesen hat, während bei den „deutschen Kampfspielen“, wenn sie wirklich zur Ausführung kommen, „unserem“ Debbchen-Goetz aus Lindenau eine hervorragende Rolle zugebracht ist.

Leipzig hat man wegen seiner geographischen Lage, wegen seiner geschichtlichen Erinnerungen und auch darum zum Schauplatz gewählt, weil seine Bevölkerung „von hohem Nationalgefühl getragen“ ist. Mit anderen Worten, weil man hofft, daß unser nationalliberales Progen- und Spießbürgerium, dieser ganze Wählertrugungs-Knäuel, sehr leicht für das Projekt zu haben ist, denn mit den Worten „national“ und „Wismarck“ läßt sich diese rückständige Gesellschaft immer noch bis zur Glühbirne fanatisieren. Nur wird man sich hüten müssen, die Hellenen allzu getreulich nachzuahmen. Diese gaben den Siegern der Festspiele einen Kranz aus Zweigen des wilden Delbaums, die mit einem goldenen Messer geschnitten waren. Für einen solchen Siegespreis werden unsere Bourgeoisbüchchen weder laufen noch ringen; dazu haben sie von den Alten zu viel Erwerbssinn mitbekommen. Sie nähmen jedenfalls lieber das goldene Messer, als den Delzweig.

Man will bei diesen Festen „die Blüte deutscher Jünglinge aus den verschiedensten Ständen“ sehen. Vernunftmäßige Athleten, Preisrichter, Preisbringer u. s. sollen prinzipiell ausgeschlossen sein. „Sonst aber,“ heißt es in der erwähnten Droschüre, „ist jeder deutsche Jüngling, der etwas Gutes in Leibesübungen leisten kann und an dessen Namen kein Makel haftet, unter den vorher besprochenen Bedingungen in deutschen Olympia willkommen, der schlichte

Arbeitsmann in blauer Bluse nicht minder, wie der höchst geborene Graf, die akademische Jugend, auf deren Beteiligung wir ganz besonders hoffen, ebenso aber auch der Kaufmann, der Handwerker, der Fabrikarbeiter u. s. Jeder sonstige Unterschied in konfessioneller und politischer Beziehung ist ebenfalls selbstverständlich ausgeschlossen. Nur eines sehen wir bei allen Teilnehmern voraus: eine treue deutsche Gesinnung, und stellen deshalb die ganze Veranstaltung auf national-deutschen Boden. Wenn einer hieran und an den sich daraus ergebenden Konsequenzen Anstoß nehmen sollte, so können wir solchen als Wettkämpfer bei dem deutschen Olympia nicht gebrauchen.“

Wenn man sich durch die Worte „treue deutsche Gesinnung“ und „national-deutscher Boden“ nicht hinter das Licht führen läßt, so findet man hier abermals die Bestätigung, daß es sich um eine rein nationalliberale Veranstaltung handelt. Die Drohung des Ausschlusses ist natürlich gegen die Sozialdemokratie und vielleicht auch gegen den Ultramontanismus gerichtet. Was uns betrifft, so mögen die Herren, welche diese nationalliberalen Kampfspiele veranstalten, ganz beruhigt sein. Die sozialistischen Arbeiter, die turnen wollen, haben ihre eigenen Turnvereine gebildet und brauchen darin sich nicht mit dem Wismarck-Kultus nationalliberaler Professoren befästigen zu lassen.

Das kann ja recht hübsch werden, wenn der schlichte Arbeitsmann in blauer Bluse neben dem höchst geborenen Grafen erscheinen soll. Aber leider hat die Sache einen großen Haken; die Arbeiter, die Zeit und Lust haben, an nationalliberalen Kampfspielen teilzunehmen, sind in Deutschland verdammt dünn gesät. Der Herr Professor, der sich das so schön ausgedacht hat, weiß offenbar nicht, daß die Klassenbewußten Arbeiter ihren Festtag am ersten Mat haben.

Ob es die „Blüte der deutschen Jünglinge“ ist, wenn die Bourgeois ihre verlebten Sigerlu zu den Festen sendet oder wenn jene blasierten jungen Menschen kommen, die zur Zeit unter der akademischen Jugend die erste Geige spielen, das sei dahin gestellt.

Es ist nur ein Zeichen der bekannten Ueberhebung und Annahmung des Nationalliberalismus, wenn dieser thut, als vertrete er in dieser Sache die „gesamte Nation“. Nicht einmal, wenn man unter „Nation“ die herrschenden Klassen versteht, ist dies der Fall. Diese Partei, welche in unserem politischen Leben so wenig erfreuliche Erscheinungen hervorbringt, die den Parlamentarismus erniedrigen und die Frömmigkeit nach oben in ein System gebracht hat — eben diese

## Seuilleton.

Redaktion verboten.

### Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

In dem Augenblicke, wo Tante Bella, den Kopf mit einem altmodischen, breitkrämpigen Hut bedeckt, in der Thür ihres Schlafgemachs erschien, brachte das Dienstmädchen einen Brief von Peters Hand: „Wir kommen schon Freitag abend mit dem Sieben-Uhr-Zuge. Bitte wohl. Münzer lagern lassen. A revoir!“

Na, da haben wir's! rief Bella. Ich wußte doch, daß mir heute alles in die Quere geht! Wenn Peters Stube nur trocken wäre! Aber auch das nicht einmal! Ich kann nicht mit, Klärchen. Gehen Sie allein, Klärchen, und halten Sie sich nirgendwo unterwegs auf, und wenn Sie bei Fräulein Wlad vorbeikommen, geben Sie das Paket nur eben in den Laden hinein und sagen: es käme von mir. Fräulein Wlad weiß schon von allem Bescheid. Adieu, liebes Klärchen! Lassen Sie sich ja morgen sehen! Adieu, liebes Kind! Und damit drängte Tante Bella die Freundin beinahe zur Thür hinaus, denn das Geschäft von Fräulein Wlad wurde um halb acht Uhr geschlossen. Tante Bella würde es sich nie vergeben haben, wenn die bewußte vornehme Dame ein einziges Mal den Ablieferungstermin nicht eingehalten hätte.

Klärchen Münzer hatte kaum das eine Ende der Ufergasse erreicht, als von der anderen Seite eine Droschke heranfuhr und vor dem Siebelhause mit den vorspringenden Stockwerken still hielt. Ein kleiner untersepter, grauhäutiger

Mann sprang aus dem Wagen, warf einen schnellen prüfenden Blick auf das Haus, als wolle er sich versichern, daß noch alles beim alten sei, und half dann einer jungen Dame aus dem Wagen, deren Schönheit die Magd, welche eben aus der Hausthür trat, die Sachen in Empfang zu nehmen; so in Erstaunen setzte, daß sie auf des Herrn Frage: wo zum Kukud denn Fräulein Wella sei? gar keine Antwort gab.

Fünf Minuten später drang die Nachricht von der Ankunft des Herrn und des „jungen Fräuleins“ auch in Peters Zimmer, in welchem Wella eben unter Beihilfe des schlesischen Lehrlings Fritz und der gutmütigen Köchin Priscilla die durch das Scheuerfest gestörte Ordnung mit Unterstützung aller ihrer Kräfte herzustellen bemüht war. Tante Bella gab den Staubbesen, mit welchem sie eben häuterte, dem Lehrlingen (der ein furchterliches Gesicht hinter ihr her schmitt) und eilte die enge Treppe hinab in das Wohnzimmer.

Die Thür aufreißend, die liebliche Dittke in ihren Trauerkleiden sehen, in Thränen ausbrechen, das schöne Kind unter Thränen wieder und wieder küssen, war für die gute, warmherzige Tante Bella das Werk weniger Augenblicke.

Na, laß es gut sein, Wella, sagte Peter abwehrend, als nach einiger Zeit auch an ihn die Reihe kam, umarmt zu werden; laß es gut sein! Hilf Dittke aus ihren Reisekleidern und mach' es ihr behaglich, Ich muß in die Redaktion hinunter.

Peter Schmitz streichelte der schönen Dittke noch einmal mit väterlicher Bärtlichkeit die Wangen und eilte in die Redaktion hinab.

Peter Schmitz hatte keine Zeit, es sich behaglich zu machen, wenn er von einer Reise nach Hause kam.

### Dreizehntes Kapitel.

Guten Tag, Ihr Herren, wie stehen die Sachen? sagte Peter Schmitz, als er raschen Schrittes in das Zimmer getreten war.

Schlecht! sagte Dr. Münzer, die Linke in Peters dar- gebotene Hand legend und mit der Rechten an dem Artikel, den er unter der Feder hatte, weiter schreibend.

Steh da, Schmitz! sagte Dr. Holm, sich, froh der Unterbrechung in der leidigen Arbeit, auf der anderen Seite des Tisches aus seinem Stuhl erhebend und Peter entgegen- hinleidend; prostorum! wie geht's? glücklich zurück aus dem Land der dunkelrothigen Tannen? Und wo habt Ihr das Mägdlein, das Kind des unglücklichsten Vaters?

Haben Sie die Güte, Holm, noch eine Minute mit Ihren schlechten Hexametern zu warten, bis ich mit diesem Artikel fertig bin, sagte Dr. Münzer.

Man schweige und schreibe weiter! sagte Dr. Holm mit einer majestätischen Handbewegung zu seinem arbeitsamen Kollegen hin, während er Peter Schmitz ans Fenster zog und mit halblauter Stimme um die Ereignisse seiner Reise befragte.

Das Redaktionszimmer war ein mäßig großes, ziemlich niedriges, trotz seiner zwei nach dem Hof hinausgehenden Fenster sehr düsteres Gemach. Die alte, verkrüppelte, von den feuchten Mauern zum Teil sich loslösende Tapete war, in wunderlichen Widerspruche mit dem sonstigen Charakter des Zimmers, mit Fruchtkörben, phantastischen Blumen und grotesken Vögeln bemalt — alles nur noch zum Teil durch die Stockflecke und die Risse erkennbar. Die Aus- stattung des Gemaches war die einfachste von der Welt: ein großer viereckiger, mit Papieren, Büchern, Schreib- materialien bedeckter Tisch in der Mitte, drei Lehnhühle

Partei hat am allerwenigsten einen Anlaß, mit einem Fest- geschrei vor das Volk zu treten, als wären die National- liberalen die Sieger von Marathon und Salamis.

Das deutsche Volk hat schon tausendmal zu erkennen gegeben, daß es seinen Sinn auf ernstere Dinge gerichtet hält, als auf den nationalliberalen Festbuhel. Völlig ist es in dieser Zeit in Anspruch genommen von dem großen Klassenkampfe, dem die sächsischen Wahlrechtsverfälscher kaum noch eine neue Spitze gegeben haben, von dem Klassen- kampf, der dahin führen soll, die drückenden wirtschaftlich- sozialen Fesseln abzuwerfen. Mögen die äußeren Formen unseres Gemeinwesens sich gestalten, wie sie wollen — man kann unserem Volke nicht zumuten, ein Glück zu bejubeln, das es nicht besitzt. Die deutschen Proletarier sind nicht so kindisch, sich zu „nationalen“ Festen zu drängen, nur weil die herrschenden Klassen nach 1870 so gute Ge- schäfte gemacht haben.

Politische Uebersicht.

Zum Prozeß Schüler, über dessen Verlauf wir unseren Lesern einen ausführlichen Bericht gegeben haben, ist über das militärische Beschwerderecht und über das disciplinarische Straf- wesen der Stab gebrochen. Um die schweren Schäden, an denen manche Teile unseres Staats- und Volkslebens krank, öffent- lich zu kritisieren und eine Heilung zu ermöglichen, scheint es in Deutschland keinen anderen Weg zu geben, als den des Be- leidigungsprozesses. Was Wissende längst kennen, was Ahnungs- volle wie ein graufiges Schicksal häufig fürchten — keiner darf es heute wagen, offen und frei auf Besserung zu dringen. Denn dank einer rein formalen Jurisprudenz und einem schemati- schen Verfahren, besteht alle Aussicht, daß er aus einem An- kläger zum Angeklagten wird, vor Gericht stehen muß und schließlich durch eine Nichtigkeit in den Reigen der Beleidigungs- paragrafen hängen bleibt. So ging es Mellege, so Hof- richter, so Westphal wie Schüler. Das Volk erkennt ihnen eine Bürgerkrone zu und preist sie als Verfechter seiner Rechte, unsere Gerichte aber müssen sie unter dem Zwange der Gesetze — einsperren.

Der Prozeß Schüler ist, wie alle die erwähnten, in doppelter Hinsicht bemerkenswert, nämlich in sachlicher und in formeller.

Schüler war ein intelligenter, dienstfertiger Soldat, bis er eines Tages zu Unrecht sich bestraft glaubte und von seinem Rechte zur Beschwerde Gebrauch machte. Aber dies Beschwerde- recht der Soldaten! Es ist mit tausend kleinen, kleineren und allerkleinsten Vorschriften überladen, deren geringste Verletzung dem Beschwerdeführenden sofort zu vollstreckender Disciplinar- strafe einträgt. Schüler ist auf diese Weise etwa dreifachmal disciplinarisch bestraft worden. Zu Ruh und Frömmen aller, die nach ihm kommen, hat er seine Leidensgeschichte erzählt — dafür erhält er jetzt eine neue Strafe, weil, nun weil er be- leidigt hat. Zwar ist von dem, was er tatsächlich berichtet hat, nichts widerlegt worden, aber die Ausdrücke, die Worte, die dem Mann mit dem lothenden Grimm im Herzen in die Feder geflossen sind, sie haben ihm das Verderben gebracht. Acht lange Monate soll er im Kerker Waise thun, nicht weil er etwas Böses verbrochen hat, sondern weil er nicht vorsichtig genug war bei der Kennzeichnung von Personen und Zuständen, unter denen er sicherlich schwer gelitten hat.

Aus dem Gange der Verhandlungen wollen wir zur Kenn- zeichnung der formalen Seite des Prozesses besonders einen Punkt hervorheben, das Religionsgespräch. Unter dem Inquisi- torium des Staatsanwaltes und des Gerichtspräsidenten muß ein Zeuge sein Glaubensbekenntnis ablegen. Und warum? Um festzustellen, ob er auch genügend sachkundig war, die Stellung des Hauptmanns Moll in religiösen Fragen zu beurteilen. Gut, wenn hier so rigoros auf Sachkunde bestanden wird — dann muß es aber auch heißen, was dem einem recht ist, ist dem anderen billig: sind dann etwa Staatsanwalt und Präsident „sachkundig“ genug, um sich in die Seelenstimmung eines Mannes hineinzu- versetzen, der seiner festen Ueberzeugung nach jahrelang zu Un- recht behandelt worden ist? Und wie wird dann der Hauptmann Moll beurteilt werden müssen, der in einem Fall, wo er ganz sicher nicht „sachkundig“ war, einen Mann einsperren ließ, ob- gleich der eigentlich Sachkundige, der Arzt, ihm einen Kranken-

schein ausgestellt hatte! Diese „Sachkunde“ zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Verhandlung und findet ihren schärfsten Ausdruck in dem Waidwörter des Staatsanwaltes und der Urteilsbegründung des Präsidenten. Wenn man diese Ge- danken aber einmal in ebenso deutliches, wie großes Deutsch übersezt, so sind sie nichts anderes als das von den angebliehen Autoritäten dem dummen Volke zugebonnerte: Schweige!

John Stuart Mill hat die treffenden Worte einst gesprochen: „Seltsam ist es, daß man zwar die Zulässigkeit der Argumente für eine freie Erörterung zugiebt, aber Einwand erhebt, daß sie nicht „auf die Spitze getrieben werden“. Man überfieht dabei, daß, sofern die Gründe nicht für den äußersten Fall ausreichen, sie überhaupt für keinen Fall ausreichen.“

Deutsches Reich.

Berliner Brief.

Der Kaiser und die Soldatenmißhandlungen. — „Arbeiter- freundliche“ Wohnungspolitik der preussischen Regierung. — „Es war“ zu schön gewesen.

W Berlin, 1. Juni.

Ueber die Häufigkeit der Soldatenmißhandlungen er- fährt die Oeffentlichkeit dank der geheimen Militärstrafrechts- pflege so gut wie nichts. Ob sie zunehmen oder ob sie seltener geworden sind, wie wir wissen es nicht und die Eltern, die ihre Söhne zum Militär ziehen lassen müssen, werden die Sorge und Angst nicht los. Gerade das Dunkel, das sich um die Inliten Kasernenmauern legt, demüthigt. Aber auch innerhalb des Offiziercorps macht sich eine fortgesetzte Verunreinigung geltend. Denn das offizielle Bekanntwerden einer Mißhandlung bringt den Vorgesetzten oft die schlimmsten Folgen und sehr oft dem, der lange nicht so schuldig ist wie vielleicht andere. Am stärksten ist die gedrückte Stimmung bei den Offizieren des Gardecorps, wo der Kaiser sämtliche Akten, die Soldatenmißhandlungen be- treffen, sich vorlegen läßt und behandelt; es ist ganz klar, daß die Offiziere sich alle Mühe geben, daß Mißhandlungen ver- mieden werden. Aber was aus dem militärischen System mit Notwendigkeit folgt, das kann der einzelne Offizier mit dem besten Willen schließlich nicht ändern. Und wen's nun gerade trifft, der ist in einer wenig beneidenswerten Situation: Kann man sich wundern, daß selbst in Offizierskreisen vom Regiments- kommandant ab eine Reform der Militärstrafrechtspflege dringend gewünscht wird?

Wohnungen, die Unternehmer den Arbeitern zur Verfügung stellen, sind für die Arbeiter noch immer ein Danaergeschenk gewesen. Denn der Unternehmer erhält durch diese Wohnungs- politik, die als besonders arbeiterfreundlich ausposaunt wird, ein Mittel, die Arbeiter jederzeit, besonders aber bei Ausständen, gefügig zu machen und zu erhalten. Die nächste Wirkung wird auch der Bau der Arbeiterwohnungen haben, die der preussische Staat für seine Arbeiter zunächst in der Höhe von 5 Millionen Mark erbauen läßt. Zunächst sollen in 21 ver- schiedenen Orten 458 Wohnungen für untere Eisenbahnbedienstete hergestellt werden. Die Mieten sind so normiert, daß das An- lagekapital immer noch zu 240 Prozent verzinst wird. Auch die staatlichen Bergarbeiter sollen in den Genuss dieser Wohnungs- wohlthat gelangen. Es ist zwar vorauszusetzen, daß jede Kritik an der Ausführung nahen sozialpolitischen That als eine Spherei auch gegen die besten Absichten der Regierung gebrandmarkt werden wird, aber uns kann dieser Vorwurf nicht bestimmen, eine Kritik auszusprechen; deren Berechtigung längst schon durch die Er- fahrung festgestellt ist. Dabei ist noch zu bemerken, daß die Wohnungsnot durch solche Maßregeln in keiner Weise behoben wird. Denn solche Arbeiterwohnungen, die in den ersten paar Jahren einen gefälligen Eindruck machen mögen, schauen nach einiger Benutzung auch nicht besser aus als die großen Arbeiter- lauern der Großstädte. Das sogenannte Postdörferchen in Stutt- gart, das so schmutz dem Besucher der Schwäbischen Residenz bei seiner Einfahrt entgegensieht, weiß ein Liedchen davon zu erzählen.

Der Kartellgedanke kann nicht einschlafen. Es ist eben gar zu schade, daß die in Interessengegenstände gepackten bürger- lichen Parteien nicht mehr unter ein Joch zu spannen sind, das dem Umsturz auf den Leib rückt. Der Zwiespalt zwischen Agrariern und Industriellen ist allmählich so tiefgehend, daß eine Partei der anderen nur noch Schach halten zu können glaubt, wenn sie die eigenen ökonomischen Interessen rücksichts-

los verfolgt. Dabei ist dann selbst eine Verschönerung zu dem augenblicklichen Zweck, einen gemeinsamen Gegner zu bekriegen, in ruhigen Zeiten und bei dem Mangel eines besonderen, außer- gewöhnlichen Anlasses, den wir gerne herbeiführen sollten, aber nicht werden, ausgeschlossen. Anstatt nun die Schuld bei sich selbst zu suchen, kriegt die Regierung Prügel ab. Die muß Schuld daran sein, daß das heilige, seligmachende Kartell nicht mehr zu Stande kommt. Bei den parlamentarischen Debatten hätten die Regierungsvertreter ganz unndtlicherweise die lieben Agrariere verlegt und die Gegnerschaft früher sich politisch nahestehender Kreise unndtlich zugespitzt. Indirekt beschuldigt gar die Schlesiische Zeitung die Regierung der Förderung der Sozialdemokratie, wenn sie auf den Beifall hinweist, den viele Aeußerungen ministerieller Redner bei den nicht staatsberhalten- den Parteien gefunden hätten. Die gegenwärtige Regierung findet bei ihren guten Freunden immer mehr häßliche Gegner. Sogar den Vantrott des Kartellgedankens muß sie ausbaden.

Die preussische Eisenbahnbureaokratie und die Berliner Gewerbeausstellung.

Für den Besuch der Berliner Gewerbeausstellung durch ge- werbliche Arbeiter und Arbeiterinnen ist, wie eine durch die Presse gehende offiziöse Notiz meldet, von der preussischen Staatsbahnverwaltung eine außerordentliche Ermäßigung der Fahrpreise gewährt werden. Der Preis soll, bei siebenstägiger Gültigkeitsdauer, der Willeits, für jede Fahrt (3. Klasse) nur 1 Pfg. für Hin- und Rückfahrt zusammen also nur 2 Pfg. pro Kilometer betragen. Da der Normalpreis für Rückfahr- karten dritter Klasse 6 Pfg. pro Kilometer beträgt, so ist die Ermäßigung eine ungewöhnlich bedeutende und könnte wohl den Besuch der Ausstellung durch Arbeiter fördern.

Aber an welche Bedingungen, so fragt der preussische Landtagsabgeordnete M. Brömel in der Wochenschrift: Die Nation, ist die Gewährung dieser Ermäßigung geknüpft!

Zunächst hat der Unternehmer oder Betriebsleiter bei der Eisenbahndirektion einen schriftlichen und eingehend begründeten Antrag einzureichen. Man darf voraussetzen, daß die pflichttreuen preussischen Beamten es mit der Beobach- tung dieser ministeriellen Vorschrift sehr ernst nehmen werden. Jeder Fabrikant oder Fabrikdirektor, dessen Arbeiter die Aus- stellung besuchen wollen, wird deshalb gut thun, sich an die Ausarbeitung einer gründlichen Denkschrift zu machen, welche der Direktion alle Momente darlegt, die für Genehmigung seines Besuchs sprechen können. Sollte seine Arbeit trotzdem als nicht genug „eingehend begründet“ befunden werden, so wird sie ihm im besten Falle von der Direktion mit der Auf- forderung wieder zugehen, seine mangelhafte Begründung zu vervollständigen. Er wird sich also der Mühe nicht entziehen können, neues Material schriftlich einzureichen. Man sollte meinen, daß der Fabrikant, wenn schließlich sein Antrag ge- nehmigt worden, ohne weitere Formlichkeiten die Willeits an der Stationskasse seines Wohnorts kaufen könnte. Weit gefehlt. „Bei Bewilligung eines Antrages“ — so heißt es wörtlich in der officiösen Notiz, „als ob es sich um Genehmigung eines Gnabengesuchs handelte — werden den Fahrkarten-Ausgabe- stellen die gedruckten Rückfahrkarten überwiesen werden.“ Mit anderen Worten, die Stationskassen besitzen diese Willeits gar nicht; sie sollen ihnen in jedem einzelnen Falle von der hohen Direktion überwiesen werden, als ob es sich um Objekte von höchstem Werte handelte! Und alle diese Umständlichkeiten zur Erlangung einer kleinen Anzahl von Arbeiterkarten auf einem Eisenbahnhof, auf welchem alljährlich Hunderte von Millionen Passagiere befördert werden!

Ferner! Die Karten sollen nur gewährt werden den gewerb- lichen Arbeitern „einzeln“, auf der Berliner Ausstellung vertretener Gewerbebezüge, deren Sonderausstellung ihrer Anlage nach vorzugsweise belehrend und anregend auf die Arbeiter zu wirken geeignet erscheint.“ Man darf ge- trost behaupten, daß kein einziges Mitglied sämtlicher zweiund- zwanzig preussischen Eisenbahndirektionen befähigt ist, die hiermit gestellte Frage sachlich zu prüfen und sachlich zu beantworten. Nur ein einziger kann es: der Arbeiter, der die Ausstellung besuchen will.

Eine weitere beschränkende Bestimmung liegt darin, daß mindestens 30 Arbeiter eines Etablissements gemeinsam die Fahrt antreten müssen.

Wenn trotz aller Schwierigkeiten für 30 Arbeiter die billigen Fahrkarten erlangt sind, können diese Begünstigten doch wenigstens frei und froh diese Reise antreten? Bei Weitem nicht! Nach der ministeriellen Vorschrift darf die Fahrt nur unter Führung des Antragsstellers bzw. eines seiner Beauftragten unternommen werden. Hoffentlich hält die Eisenbahn- verwaltung streng darauf, daß in jedem Falle der Antragsteller sich durch seine Militärpapiere ausreichend als solcher legitimiert und daß der Beauftragte sich durch eine notarielle Vollmacht als solcher ausweist. Sollte es unter diesen Umständen nicht ratsam sein, fragt mit trotzendem Spott Brömel, daß sich die Eisenbahnverwaltung auch von vornherein eine Kontrolle über den ganzen Verlauf der Fahrt sichert? Dies könnte vielleicht dadurch erreicht werden, daß jeder Arbeiter, der die Fahrt mitgemacht, in einer Prüfung den Nachweis führen muß, daß die Sonderausstellung seines Gewerbes hinlänglich „belehrend und anregend“ auf ihn gewirkt hat; als Examinator könnte der Decernent der Eisenbahndirektion fungieren und der Arbeiter, der die Prüfung nicht besteht, würde das doppelte des Fahr- preises als Strafe nachzahlen haben. Und dem Geiste, in dem die ganze Vorschrift gehalten ist, würden sich auch solche Bestimmungen vollständig rechtfertigen lassen.

Die preussische Eisenbahnbureaokratie in ihrer polizeilichen Verzopftheit, die dem modernen Verkehr nur Scheinbegünstigungen macht und heimlich-beschränkt den Dingen gegenübersteht, wird durch diese Thatfachen vortrefflich beleuchtet. Fiskalische Politik auf Kosten der Unterbeamten, der Arbeiter und des reisenden Publikums, das ist die Thielensche Verkehrsweisheit am Ende des Jahrhunderts.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

„Bei Majestätsbeleidigungsprozessen muß man pein- lich prüfen, weil hier, wie die Erfahrung gelehrt hat, der Privatrat die Thür und Thor geöffnet ist!“ So erklärte am Montag der Staatsanwalt Richter bei einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung, die gegen den Steinschleifer Friedrich Rose vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I Berlin verhandelt wurde. Die Verhandlung zeigte, wie richtig die Ansicht des Staatsanwaltes war. Der Angeklagte, ein Mann in vorgeschrittenen Lebensalter, war längere Zeit mit einer in der Landsberger Straße wohnenden Frau Onas befreundet. Seit etwa anderthalb Jahren hat die Freundschaft aber einen

von Rohr und ein Repositorium für die alten Zeitungen. In einer zweiten Thür befand sich ein kleines, mit einem Vorhang von verschossener, grüner Seide halb bedecktes Fensterchen, durch das man die Seher an ihren Klaffen arbeiten sah. Die Atmosphäre im Zimmer war trotz der geöffneten Fenster ein eigentümliches und keineswegs an- genehmes Gemisch von dem Dunst frischer Druckerchwärze und abgestandenem Tabakstrauch.

So! — Dr. Münzer warf die Feder auf den Tisch, reichte das noch nasse Blatt durch das Fensterchen mit dem Bemerkten, man möge sich mit dem Satze befeien und ihm die Korrektur geben; dann wandte er sich zu den beiden, gab Peter Schmitz noch einmal die Hand und sagte:

Nun willkommen, mon cher! Es war die höchste Zeit, daß Sie zurückkommen. Es steht jetzt viel auf dem Spiele. Noch heute Abend muß sich für unsere Stadt, und durch das Beispiel, das wir den anderen Städten geben werden, viel- leicht für das ganze Land entscheiden, ob die Revolution leben oder sterben soll.

Was giebt's denn? fragte Peter.

Hat Ihnen Holm noch nichts gesagt? erwiderte Dr. Münzer, mit einem strengen Blick der großen, feurigen, blauen Augen auf Holm; wovon, in aller Welt, haben Sie ihm denn gesprochen?

Von des reizenden Kindes, Ottiliens, lieblicher An- kunft, erwiderte Dr. Holm, die Pfeife aus dem Munde nehmend und mit der Spitze derselben ein D in die Luft zeichnend.

So! meinte Münzer trocken; nun, die ist ja da, glück- lich da, und wir haben ja noch morgen Zeit genug, uns darüber zu freuen. Heute handelt es sich um ernstere Dinge. Wir haben, fuhr er zu Peter gewandt fort, wie ich Ihnen bereits schrieb, im Verein den Beschluß gefaßt, den Ma- gistrat zu zwingen, die verheißene Volksbewaffnung für unsere Stadt wenigstens zur Wahrheit zu machen. Heute Abend soll eine großartige Demonstration in Scene gesetzt werden. Wir können über fünftausend Arbeiter und Prole-

tarier verfügen, die vor das Rathaus rücken und Waffen begehren sollen. Wir müssen den Lumpen Furcht einjagen, jetzt ist's noch Zeit. Sie werden noch nicht wagen, das Militär aufzubieten; wir müssen das Eisen schmieden, so lange es warm ist.

Herrlich, prächtig! sagte Peter, der, ohne die lebhaften dunklen Augen von Münzer zu verwenden, zugehört hatte, wann geht's denn los?

Wir haben zu heute Abend acht Uhr eine Volksver- sammlung in den Römern ausgeschrieben; es ist das größte Lokal.

Und das beste Bier, sagte Holm.

Für Holm und andere durstige Seelen, fuhr Münzer fort; ich werde reden, und Sie müssen auch, Schmitz; aber thun Sie mir den Gefallen und seien Sie heute ausnahms- weise ein klein wenig weniger gutmüthig; gehen Sie bis an die Grenze des Möglichen und machen Sie den Leuten mit dem unseligen Ausgange der Sache im Süden Deutschlands die Köpfe heiß. Sie müssen es endlich einmal begreifen, daß die unorganisierte Revolution gegenüber der organi- sierten Reaktion die Maus in den Klauen der Krake ist.

Herr Doktor, die Korrektur, rief eine Stimme, und eine Hand langte ein feuchtes Blatt durch das kleine Fenster.

Ein Extrablatt? fragte Schmitz.

Ja, erwiderte Münzer, mit dem Blatt zu seinem Platz am Tisch gehend; nur ein paar Zellen, die neuesten Nach- richten; dazu ein paar zeltgemäße Betrachtungen von mir. Unzeitgemäße, sagen Sie lieber, brummte Dr. Holm, der sich wieder, Münzer gegenüber, in seinen Lehstuhl ge- setzt hatte und sich ans einem Schubkasten des Tisches, der seinen Tabakvorrat enthielt, eine neue Pfeife stopfte.

Peter Schmitz, augenscheinlich in Gedanken die Rede, die er zu halten hatte, ausarbeitend, maß schnellen Schrittes das Zimmer von einer Thür zur anderen und fuhr sich dabei alle Augenblicke durch sein dichtes graues Haar.

(Fortsetzung folgt.)

Riß bekommen. Jetzt reicht die Freundin eine Strafanzeige wegen Majestätsbeleidigung ein. Die als Beugin vorgeladene Frau Gnaß beschwor am 31. Mai die Richtigkeit dieser Behauptung, obwohl ihr der Vorsitzende die Unwahrscheinlichkeit dieser Anzeige eindringlichst vorhielt. Der Staatsanwalt erklärte, daß er trotz dieser beschworenen Aussage die Beugin nicht für glaubwürdig halte. Der Gerichtshof war derselben Ansicht und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

**Berlin, 2. Juni.** Zur Geschichte der zweijährigen Dienstzeit wird gegenüber der Kreuzzeitung in dem Hamb. Korrespondenten darauf hingewiesen, daß, wie sich aus dem Bericht der Militärkommission von 1893 ergibt, seit Mai 1891 mit der zweijährigen Dienstzeit Versuche gemacht worden seien. Darüber hätten sich 81 Stellen mit großer Selbstständigkeit gütlich geäußert. Jeht Stellen hätten sich für die volle Durchführung der dreijährigen Dienstzeit erklärt, 21 Stellen aber hätten die zweijährige Dienstzeit unter bestimmten Bedingungen für durchführbar, und diese Bedingungen seien sämtlich in der Vorlage berücksichtigt. Weiter meldet das offiziöse Blatt, daß u. a. der Kommandeur des rheinischen Armeekorps, General v. Bos, dessen wiederholtes Erscheinen in Berlin zu allerlei Krifengerüchten Anlaß gab, sich ernstlich bemühte, die Hindernisse, die der Einführung der zweijährigen Dienstzeit entgegenstanden, zu beseitigen.

Der freisinnige Abgeordnete Brömel beabsichtigt, gleich nach den Ferien im preussischen Abgeordnetenhause die Regierung betreffs der Bedingungen zu interpellieren, an die die Abgabe der billigen Arbeiter-Fahrtarten zur Berliner Gewerbeausstellung geknüpft ist. (Siehe auch unser heutiges Artikelschen unter der Rubrik Deutsches Reich.)

Auf Befehl des Kaisers soll die gesamte Berliner Garnison die Gewerbeausstellung compagnieweise besichtigen, womit bereits gestern begonnen wurde. Zur Dedung des Entrees soll der Monarch aus seiner Privatkassette einen Betrag ausgezahlt haben.

Nach den Behauptungen der Agrarier soll durch die von ihnen beeinflusste Gesetzgebung vor allem verhindert werden, daß Deutschland ein Industriestaat wird. Wer mit offenen Augen die Entwicklung der deutschen Industrie im eigenen Lande und ihre Erfolge auf dem Weltmarkt verfolgt hat, kann gar nicht im Zweifel darüber sein, daß Deutschland längst ein Industriestaat und zwar einer der bedeutendsten der Erde ist. In kurzen treffenden Sätzen schildert die Handelskammer zu Breslau in ihrem Jahresbericht diese Entwicklung mit den Worten: „An der Gesamtfabrikations-Ausfuhr aller Länder der Erde dürfte im abgelaufenen Jahre England mit 30 Prozent, Deutschland mit 20 Proz. dem Wert nach beteiligt gewesen sein; von Jahr zu Jahr immer mehr nähern wir uns Großbritannien in dieser Hinsicht, lassen wir Frankreich, das nur mit 13,5 Proz. daran beteiligt ist, hinter uns; um so wichtiger wird für unser Wirtschaftsleben die Regelung und Sicherung unseres Handelsverkehrs mit anderen Nationen.“

Im Bernsteinmonopolprozeß hat in der That der Staatsanwalt in Stalp jetzt die Revision beim Reichsgericht angemeldet. Und was geschieht gegen Becker!!!

Derselbe Landrat von Werder, wegen dessen unerhörter Wahlmache die Wahl im Saalekreise für ungültig erklärt worden ist, soll wieder Wahlkommissar werden. Der Präsident Graf zu Stolberg in Merseburg hat, wie ein bürgerliches Blatt berichtet, den Wahlmache von 1893 das wichtige Amt nochmals übertragen. Solch eine Thatsache agitiert ausgezeichnet für den Verworfenen.

Auch du, Brutus! Ein vor wenig Jahren als Sachwalter der evangelisch-sozialen Bewegung vielgenannter Geistlicher, Pfarrer Göhre in Frankfurt a. O., der Verfasser der bekannten Schrift: Drei Monate Fabrikarbeiter, nimmt nun auch Stellung zu dem Hinterpeter-Telegramm. Nach seiner Ansicht gehört der Pfarrer in die Agitation nicht hinein. Der Geistliche solle womöglich Menschen, die Sozialpolitik die wirtschaftlichen Bedürfnisse besser machen. Es leuchte ein: auch dieses grundsätzliche Arbeitsziel trenne den Geistlichen von jeder ernsthaft arbeitenden sozialpolitischen Partei.

Früher lang es anders. Der Predigamtstandidat Göhre, der drei Monate als Fabrikarbeiter schaffte, um die Arbeiterzustände aus eigener Anschauung kennen zu lernen, wird vom Pastor verächtlich. Allerdings ist Göhre, seit er auf seiner Frankfurter Pfarre sitzt, ein stiller Mann geworden.

Koloniales. Der Gerichtsassessor Erich v. Duda, seit 1894 interimsischer Bezirksamtmann in Kamerun, erschloß sich auf der Urlaubreise nach Europa in Kap Palmas (Liberia). Mitteilungen über den Grund des Selbstmordes wurden nicht vorgefunden.

**Königsberg i. Pr., 1. Juni.** Die heutige Delegiertenversammlung der Seeverfügungsgenossenschaft beschloß im Beisein des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Bödiker und unter Beteiligung der Direktoren der Seeverfügungsgenossenschaft Hermannischer Lloyd, in die Unfallverhütungsvorschriften Bestimmungen aufzunehmen über die Stärke und Stellung der Schotten auf Passagier- und Postdampfern, über die Stellung und Unterbringung der Rettungsboote, die Vornahme regelmäßiger Bootsmandöver, Anlegung von Abbleitern auf größeren Schiffen, Anbringung von Schlingerschotten bei Kohlenladungen, Klappen der Pumpen, Anstellung der Petroleumtanks, Verschaffenheit der Dampfmaschinen, Sicherung der Arbeiter an Pflanzmaschinen und Anbringung von Sprachrohren und Maschinen-Telegraphen. Für Schiffsbesichtigungen wurden 30000 Mark bewilligt. Endlich wurde einstimmig beschlossen, an den Bundesrat den Antrag zu richten, die Seeverfügungsgenossenschaft als Kassen-einrichtung für Invaliditäts- und Altersversicherung zuzulassen, wogegen die Verweisungsgenossenschaft die Witwen- und Waisenversorgung allgemein übernehmen und eventuell alle über die jetzigen Beiträge hinausgehenden Ausgaben auf alleinige Kosten der Rheder übernehmen will.

Es ist die höchste Zeit, daß die sozialdemokratischen Mahnrufe in Presse und Parlament Gehör zu finden anfangen. Das Heberthall schaltete bisher fast selbstherrlich. Aber notwendig ist ein gesetzlicher Seearbeiterchutz.

**Gladbach, 1. Juni.** Wieder eine Antwort auf das Hinterpeter-Telegramm. Die Kreisynode faßte eine Resolution, worin erklärt wird: Die Kreisynode hält es für ihre Pflicht, energisch Verwahrung einzulegen gegen alle Versuche, die berechtigten soziale Thätigkeit der Geistlichen sowie die Ausübung ihrer Bürgerrechte zu beschränken. In Gladbach wohnt der Stöckerianer Pfarrer Weber.

**München, 1. Juni.** Nach der amtlichen Feststellung erhielten bei der am 28. Mai stattgehabten Erziehungswahl im dritten Reichstagswahlkreise Ansbach-Schwabach von 11532 abgegebenen Stimmen Hufnagel (kons.) 5088, Dr. Conrad (Volkspartei) 2964, Baummeister (Soz.) 1897 und Trölsch (nat.-lib.) 1584 Stimmen. Eine Stichwahl zwischen Hufnagel und Conrad ist erforderlich. Im ersten Wahlgange hatten 1893 erhalten: der Volksparteiler 5536, der Konservative 2818, der Nationalliberale 2662, der Sozialdemokrat 1733 Stimmen. Die konservativen Stimmen haben sich also seit 1893 fast verdoppelt, die Volksparteiler sind seit 1893 um mehr als 2000, die Nationalliberalen um über 1000 zurückgegangen; die Sozialdemokratie verzeichnet einen Zuwachs von 164 Stimmen. Ueber die Ursachen dieser Erscheinung haben wir bereits am 29. Mai das Nähere dargelegt. — Das sozialdemokratische Wahlkomitee beschloß, in der Stichwahl für Conrad einzutreten. Und die Freisinnigen?

Der bayerische Finanzminister hat in der Kammer der Abgeordneten eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach die Regierung ermächtigt werden soll, die 4prozentige allgemeine Anleihe, die 4prozentigen Eisenbahn-Anleihen und die 4prozentige Kultur-Rentenschuld in 3/4prozentige zu konvertieren. Die Festsetzung des Zeitpunktes der Konvertierung ist dem Finanzminister überlassen worden und bis jetzt noch nicht erfolgt. Für die 4prozentige Grundrentenschuld ist zur Zeit eine Konvertierung nicht in Aussicht genommen.

Eine neue Fuchsmilcherei Am Mittwoch abend waren, wie die Münchener Post, unser Bruderblatt, durch einen besonderen Beauftragten festgestellt, mehrere Kinder aus dem Orte Alach bei München, wie es um diese Jahreszeit immer üblich, in den der kgl. Civilliste gehörigen Wald gegangen, um Maiglöckchen zu pflücken. Dort wurden sie von dem kgl. Jagd-gehilfen Baumgartner von der Forststation Obermenzing bemerkt. Als die Kinder auf seinen Ruf die Maiglöckchen nicht wegworfen, sondern die Flucht ergriffen, feuerte Baumgartner mit Schrot hinter ihnen her, ohne jedoch zu treffen. Derselbe Baumgartner schloß dann nachmittags noch einmal auf einige pflückende Knaben und verwundete zwei schwer. Wir werden einen ausführlichen Bericht über diese Heldenthaten bringen.

**Karlsruhe, 1. Juni.** In der Kommission des Landtags zur Beratung des Gesetzentwurfs über Abänderung der Gemeindeordnung erklärte am Sonnabend der Minister Eisenlohr den Antrag der Nationalliberalen, das direkte Wahlrecht auf Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern auszudehnen, für unannehmbar. Als Grenze für das direkte Wahlrecht betrachte die Regierung die Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern. Sei die Kommission der Ansicht, daß etwas zu Stande kommen solle, so rate er, den Regierungsentwurf anzunehmen. Eine spätere Regierung würde vielleicht kaum einen ähnlichen Entwurf einbringen. In parlamentarischen Kreisen wird diese Aeußerung dahin interpretiert, daß ein Regierungswechsel im konservativen Sinne nahe bevorstehe.

Der Bericht des Abgeordneten v. Stöckhorner über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Wahlordnung, erweitert die Wahrung des Wahlgeheimnisses dahin, daß nicht nur, wie der Entwurf will, die Wahlmänner, sondern auch schon die Urwähler bei den Wahlmännerwahlen verpflichtet sein sollen, ihren Stimmzettel in einem der Beobachtung unzugänglichen Raum in den von der Wahlkommission erhaltenen abgestempelten Umschlag zu legen.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Eine Kaiserrede.**

Der Kaiser von Oesterreich hat gestern in Budapest in einer Ansprache an die Delegationen\* die politische Weltlage erörtert. Die Erhaltung des bestehenden Zustandes auf der Balkanhalbinsel bezeichnete er als eine Bürgerpflicht für die friedliche Entwicklung der internationalen Beziehungen. Der Kaiser sagte u. a.: „Das feste und zielbewusste Auftreten des Dreibundes in allen wichtigen, das europäische Interesse berührenden Fragen hat viel dazu beigetragen; daß der europäische Friede trotz mancher im vergangenen Jahre im Orient aufgetauchter beunruhigender Symptome nicht gefährdet wurde.“

**Schweiz.**

**Büsch, 31. Mai.** Alle vier Referendumsvorlagen, das Wirtschaftsgejetz, Bürgengesetz, Bezirkshauptorte und Amtskantone betr. wurden mit großer Mehrheit angenommen.

**Niederlande.**

**Wahlrechtsvorlage.** — Der Dodarvirel in Rotterdam. — Die Diamantschleifer haben nichts zu thun. — Von Luise Michel.

vi. Gang, 30. Mai. Die zweite Kammer hat, wie schon gemeldet, mit 62 gegen 36 Stimmen Artikel I der Wahlreformvorlage angenommen. Fast alle Zusatzanträge, sowohl einschränkende als ausdehnende, wurden verworfen. Die Annahme der ganzen Vorlage ist damit gesichert.

Die Konservativen kämpfen noch für sogenannte Korrekturen, d. h. Bestimmungen, die die verderblichen Wirkungen des ausgebeherten Wahlrechts verhüten sollen. So ist von ultramontaner Seite Wahlrecht beantragt und von dem protestantischen Konservativen Beelaers von Blootland ist ein Vorschlag gemacht, den Wählern von 45 und mehr Jahren zwei Stimmen zu geben.

Unsere Genossen haben diese Wahlreform wohl bekämpft, weniger weil sie nicht weit genug ging als wegen der Billigkeit, womit die verschiedenen Wähler verschieden behandelt werden. Jetzt wünschen aber auch wir die Annahme, weil sie uns das einzige Mittel bietet, die politische Ohnmacht der Arbeiter etwas zu vermindern. Man schätzt die Vermehrung der Wählerzahl auf das Doppelte, also 600.000 statt jetzt 300.000.

Das Wahlrecht für die Gemeinderäte ist aber in der Vorlage beschränkt als das für die Kammer und für die Provinzialvertretungen.

Der Zustand der Dodarbeiter in Rotterdam hat zur Folge gehabt, daß die zahlreichen Hafenarbeiter sich endlich organisieren. Der Neue Bootwerkerbund, d. h. Schiffsarbeiterverband, der erst einige Monate besteht, zählt jetzt schon 5000 Mitglieder und ist schon soweit mit seinem Einfluß, daß die Unternehmer sich bereit erklärt haben, mit dem Vorstand statt direkt mit ihren Arbeitern über deren Interessen zu verhandeln. Früher waren diese Bootwerker nichts weniger als zugänglich für den Sozialismus. Sie waren es hauptsächlich,

\* Delegationen. (d. h. Bevollmächtigten-Kommissionen) sind die gesetzgebenden Körper, die das dem österreichischen und dem ungarischen Parlament zustehende Gesetzgebungsrecht betreffs der gemeinsamen Angelegenheiten ausüben. Jede der Delegationen besteht aus 80 Mitglieder, von denen ein Drittel vom Herrenhaus (Mag-natentafel), zwei Drittel vom Abgeordnetenhause gewählt werden.

die in Rotterdam jene Demonstrationen abhielten, bei denen manchmal die Wohnungen und die Lokale der Sozialdemokraten zerstört wurden. Im Jahre 1888 gelang es Domela Nieuwenhuis einmal nur mit Hilfe einer Verkleidung, sich aus den Händen dieser Menge zu retten. Jetzt aber organisieren dieselben Leute sich unter sozialdemokratischen Führern.

Große Arbeitslosigkeit herrscht augenblicklich unter den Diamantarbeitern in Amsterdam. Nicht einmal die Hälfte der Arbeiter hat noch etwas zu thun, und das sind etwa 5000.

Die französische Revolutionärin, die Dichterin Luise Michel, macht zur Zeit eine Agitationsreise durch Holland, eingeladen von dem Sozialistenbund des Domela Nieuwenhuis.

**Italien.**

**Die Anklage gegen Varatterl bewilligt.**

Der geschlagene General von Umberto I. (Maschji, Varatterl, ist Abgeordneter; zur Unterstreichung des Prozeßes war die Zustimmung des Parlaments nötig. Der Deputierte Gerovetti brachte einen Antrag ein, wonach alle Verantwortlichkeiten für das afrikanische Unternehmen festgesetzt werden sollen. Nachdem Ministerpräsident di Rudini erklärt hatte, daß er diesen Antrag nicht billige, wurde er mit allen gegen die Stimmen der äußersten Linken abgelehnt. Die Genehmigung zur Verfolgung Varatteris wurde fast einstimmig erteilt; dagegen stimmte nur ein Teil der äußersten Linken. Der Hauptschuldige, Crispi geht frei aus.

**Der Streik der Gutarbeiter.**

**Berlin, 1. Juni.**

Ueber den augenblicklich im Vordergrund der hiesigen Arbeiterbewegung stehenden Streik der Arbeiterchaft der hiesigen Wollhutfabriken gehen mir aus beteiligten Kreisen nähere Informationen zu. Die Lage des Streiks ist danach für die Arbeiterchaft günstig. Einmal haben die zehn hiesigen Wollhutfabriken, unter denen die Genossenschaftsfabrik nicht mitgerechnet ist, große und dringende Aufträge in Damenhutartikeln und sind wegen des ausgebrochenen Streiks in ziemlichem Verlegenheit. Sodann aber ist die Einigkeit und Geschlossenheit der Gutarbeiter bewundernswert: Von den am Orte befindlichen 1800 Arbeitern sind nur etwa 100 nicht organisiert. Bemerkenswert und als Beispiel für andere Branchen dient hervor-gehoben zu werden, daß auch die Arbeiterinnen sich ebenso lebhaft an der Organisation beteiligen wie die Arbeiter. Im ganzen sind 700 weibliche Arbeiter in den zehn Fabriken beschäftigt, überwiegend also das männliche Geschlecht, das nur 600 Köpfe stark ist.

Durch diese stramme Organisation ist es auch möglich geworden, daß der Streik so einmütig beschlossen wurde und durchgeführt wird. Wie schon gemeldet, haben die streikenden Arbeiter unter ihren formulierten Forderungen auch die einer prozentualen Lohnerhöhung aufgenommen. Daß diese Forderung ganz besonders in Berlin berechtigt ist, geht aus den niedrigen Lohnsätzen hervor. Der Durchschnittsverdienst der männlichen Arbeiter schwankt zwischen 16—18 Mk. pro Woche. Die Löhne für die weiblichen Arbeiter vollends sind fast so hungerig wie in der Konfektionsindustrie; der Wochenlohn hält sich im Durchschnitt zwischen 6—8 Mk. Die Arbeiter, die ebensowohl für ihre Organisation wie für die Besserstellung ihrer Lage kämpfen, stehen voll Zuversicht im Kampfe. Sie rechnen einmal auf eine Spaltung der Unternehmer, von denen ein Teil aus geschäftlichen Rücksichten sehr geneigt zur Beilegung des Streiks wäre. Damit wäre der Fabrikantentum geprengt und die Organisation der Arbeiterchaft gekräftigt. Sie rechnen des weiteren auf die eigene Kraft; denn bekanntlich ist die Gutmachergewerkschaft, die in Altenburg ihren Centralis hat, eine der besten gewerkschaftlichen Vereinigungen Deutschlands. Und endlich wird und darf auch die Unterstützung der Allgemeinheit nicht fehlen. Zum erstenmal wenden sich seit 25 Jahren streikende Gutmacher an die übrige Arbeiterchaft, nachdem sie bisher ihre Lohnkämpfe immer aus eigenen Mitteln bestritten haben. Bis jetzt werden die Ausständigen noch durch die Mittel der Organisation unterstützt.

Bei der Zahl der Streikenden aber und bei der Bedeutung gerade dieses Streikes, wo es gilt, einmal einen übermächtigen Ring der Unternehmer zu brechen, da bedarf es feineren Begründung, warum die Arbeiterchaft Deutschlands sich dieser Streikenden thätigkeft anzuschließen hat. Es stehen 900 Personen, darunter 440 weibliche, mit 600 Kindern im Anstand, also nicht so viel, als anfänglich durch die Presse verbreitet worden ist.

**Soziale Rundschau.**

**Gera, 1. Juni.** Der Streik der Maurer von Gera und Umgegend dauert unverändert fort. Auf die geringe Forderung von 32 Pfg. Mindestlohn pro Stunde und zehnstündige Arbeitszeit wollen die Meister nach vierwöchentlichem Kampfe noch immer nicht bewilligen. Vor dem Streik wurden 25—32 Pfg. pro Stunde bezahlt bei elfstündiger Arbeitszeit. Die Meister suchen überall unter allerhand Vorwpiegelungen Streikbrecher heranzuziehen. Also Achtung!

**Berlin, 1. Juni.** Die Krankenversicherungspflicht soll nach einem Beschluß der städtischen Gewerbe-Deputation auf die Hausindustriellen ausgedehnt werden.

Der Zustand der Schuhmacher, der über fünf Wochen dauerte, ist am 1. Juni beendet worden.

**h. Offen, 1. Juni.** Gestern fand hier eine stürmisch verlaufene Buchdrucker-Versammlung statt, die sich mit dem „national-liberal-gouvernementalen Rückstrei“ der Tarifgemeinschaft und Einigungsamte befafte. Bettendorff-Essen trat für das Prinzipalsprojekt ein, fand aber lebhaften Widerspruch. Wiro-Bielefeld ist ebenfalls Tariffreund und citiert den Vorwärts als Befürworter der Prinzipalsmeinung (III) Die Versammlung verlangte von W. er solle die betr. Vorwärtsstelle vorlesen, was W. nicht konnte, da er das Material nicht zur Hand habe. Brauch-Essen beantragte Absetzung des Korrespondent-Redakteurs Gafsch, da dieser gegen die Tarifgemeinschaft sei. (Stürmischer Widerspruch.) Die Versammlung dauerte von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachm. und war oft der politischen Auflösung nahe. Zu einem Resultat kam man nicht und findet in derselben Sache nochmals eine Versammlung statt. — Eine kurz darauf stattgefundene Versammlung der Bezirksvorsteher des rheinisch-westfälischen Bundes beschloß, eine Abstimmung über die Tarifgemeinschaft zu beantragen.

**Auf dem deutschen Bierbrauerkongreß in München** wurde Wiehle-Samoder zum Hauptvorsitzenden und Redakteur des Verbandes bzw. der Brauerzeitung wiedergewählt.

**Hierzu eine Beilage.**



Der Prozeß Schöler.

Hannover, 30. Mai.

Zur Ergänzung unseres gestrigen Berichtes tragen wir noch folgende wichtige Zeugenaussagen nach:

Premierlieutenant Walewski, der zur Dienstleistung nach Magdeburg abkommandiert war, bestritt, die Leute mißhandelt zu haben, giebt aber zu, daß er wiederholt Ausdrücke wie „Hallunken“, „Lumpen“ u. dergl. beim Egerzierer gebraucht habe. Den Hauptmann Moll bezeichnet der Zeuge als einen strengen aber gerechten Vorgesetzten. Den mehrfach erwähnten Amtsbediensteten Walewski als geisteskrank nicht erkannt haben.

Angeschuldigter Schöler bittet, den Zeugen noch zu befragen, ob er wisse, daß einmal ein Mann aus Schwäche vom Reck gefallen und einige Tage darauf tot gewesen sei. Präsi.: Die Frage gehört nicht hierher. — Schöler: Ich meine doch, daß die Beantwortung der Frage sehr wichtig ist, weil ich ja behaupte, daß der Mann leidend war, und sich nur aus Furcht vor Strafe nicht krank gemeldet hat. — Präsi.: Herr Schöler, Sie müssen doch nicht annehmen, daß alles das, was man Ihnen zugetragen hat, auch durchweg wahr ist. Vor allem ist doch nicht anzunehmen, daß die Herren Offiziere von allem, was Sie abfällig kritisieren, auch Kenntnis hatten. — Angesch.: Darum eben wollte ich die Zeugen danach befragen.

Der nächste Zeuge, Fesselschmied Schwarze aus Bremen, stellt dem Angeklagten Schöler, mit dem er zusammen in der Arbeiterabteilung diente, das beste Zeugnis aus und macht interessante Angaben über das Spioncorps, das Hauptmann Moll unter seinen Untergebenen eingerichtet hatte.

Der Schriftsetzer Schmidt aus Berlin giebt ebenfalls der Ansicht Ausdruck, daß Amtsbediensteter geistesgestört war und bestätigt, daß in den Magdeburger Kasernen ein ausgedehntes Ungeheuerwesen bestanden habe. Zeuge ist einmal, weil er sich krank gemeldet hatte, mit Arrest bestraft; er sagt darüber: Wir hatten Sand gekarrt und ich habe mich dabei jedenfalls überanstrengt, denn ich hatte heftige Kreuzschmerzen. Als ich mich beim diensttuenden Lieutenant meldete, wurde ich einem einjährigen Arzt zur Untersuchung überwiesen und er schrieb mich krank. Ich meldete mich nun beim Hauptmann als krank und wurde, statt ins Lazarett, in die Untersuchung abgeführt, weil ich angeblich simulierte. Die Ueberführung geschah an einem Sonntag nachmittags. Neben mir und vor mir gingen Soldaten mit aufgezogenem Seitengewehr. Vor der Thür stellte man dann noch einen Posten auf, damit ich ja nicht ausbräue. Nach vier Wochen kam dann vom Kommando der Befehl, mich frei zu lassen, da ich kein Simulant wäre. Ich kam dann ins Lazarett, wo der Oberstabsarzt ein chronisches Halsleiden, entstanden durch die Verletzung meiner ärztlichen Behandlung, feststellte. Nachdem ich mich dienstuntauglich gemeldet hatte, wurde ich nach einem Vierteljahr zur Reserve entlassen. — Präsi.: Hat Hauptmann Moll viel von Religion und Christentum gesprochen? — Zeuge: Ja. — Präsi.: Und sind Sie der Ansicht, daß seine Handlungen mit seiner christlichen Gesinnung nicht in Einklang zu bringen waren? — Zeuge: Ja. Er führte sein Christentum wohl öfter an, als es nötig und angebracht war. — Staatsanwalt: Ich bitte, den Zeugen zu befragen, ob er denn Christ ist und somit überhaupt beurteilen kann, ob Hauptmann Moll ein Verdünster war. — Rechtsanwält v. Hsendorff: Ich bitte um Ablehnung der Frage. Sie gehört nicht hierher. — Staatsanwalt: Und ich beantrage die Stellung der Frage. — Präsi. (zum Zeugen): Sind Sie Christ? — Zeuge: Ich bin evangelisch. — Staatsanwalt: Damit ist gar nichts gesagt. Da ist viel Raum in der evangelischen Kirche. Glauben Sie an Gott? — Rechtsanwält v. Hsendorff: Ich muß doch beantragen, diese Frage abzulehnen. Wo kommen wir sonst hin? — Staatsanwalt: Der Verteidiger hat so viel Fragen, die nicht zur Sache gehören, stellen dürfen, daß mir diese Frage wohl auch gestattet werden muß. — Präsi.: Nun, Herr Zeuge, glauben Sie an Gott? Der Zeuge schweigt. — Präsi.: Sind Sie gläubiger Christ oder sind Sie Dissident? — Zeuge (nach längerem Zögern): Herr Präsident, wenn ich ehrlich sein soll, so muß ich sagen: Ich bin Dissident.

Nach einigen Disputen zwischen Verteidiger und Präsidenten und einigen weniger wichtigen Aussagen soll dann Schachtmelster Krause aus Leobsdorf über die Meinungsangelegenheit vernommen werden.

Vorher bemerkt der Präsident dem Angeklagten: Es ist Ihnen schon vor der Verhandlung mitgeteilt worden, daß Sie in Bezug auf die von Ihnen behaupteten Unregelmäßigkeiten bei der Menage in Königsberg i. Pr. recht hatten. Es ist thatsächlich richtig, daß die Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Ich glaube daher, daß Sie deshalb auf alle Zeugen verzichten können, die hierzu vorgeladen sind.

Rechtsanwalt Brand: Wir verzichten überhaupt auf jede weitere Zeugenvernehmung und bitten, nur noch die Zeugen über den Ruf des Angeklagten zu hören. Die Zeugen Krause, Schuhmacher Werner, Maurer Wehr und Kühnberger, die sämtlich mit Schöler zusammen in Magdeburg lagen, bekunden sämtlich, daß Schöler seine volle Pflicht und Schuldigkeit als Soldat gethan habe und ein guter Kamerad gewesen sei. Er habe sie immer zur Furcht und Ordnung ermahnt und sie von unübelerlegten Taten zurückgehalten.

Der Deumundzeuge, Hauptmann Westphal aus Königsberg, sagt, daß der Angeklagte häufig disciplinarisch bestraft sei. Der Angeklagte stellt fest, daß alle Disciplinarstrafen, ca. 30 an der Zahl, erst nach dem Juni 1892 verhängt worden seien. In diesem Monat habe sein Vater ein Gesuch um Verurlaubung Schölers eingereicht. Das Gesuch wurde aber abgelehnt, und zwar, wie der Angeklagte auf Grund von Angaben einer Ordnonanz, die die betreffende Unternehmung belauscht hat, auf Vorstellung des Zeugen Westphal bei dem kommandierenden General v. Raim. Diese Ablehnung habe ihn (Schöler) so erbittert, daß ein Umschlag seiner Gesinnung eingetreten sei. Ein solcher Umschlag sei menschlich erklärlich. Präsi.: Aber nicht erlaubt. Denn dann würde unsere Armee nicht das sein, was sie ist und als was sie in der Welt dasteht. Wo soll sonst der einheitliche Zug, die Kraft und die Entschlossenheit herkommen, die uns zu so großen Erfolgen verholfen hat?

Nachdem dann noch die Aussagen der nicht erschienenen Zeugen zur Verlesung gelangt sind, bemerkt der Präsident: Ich muß das anwesende Publikum aus dem Saale weisen lassen. Die Leute rufen sich da auf den Barrieren herum (der Zuhörerraum ist überfüllt) und beweist das ganze Publikum so wenig Anstand, daß ich es nicht mehr mit ansehen kann. Also hinaus! Der Staatsanwalt meint in seinem Plaidoyer, daß bei allen denjenigen, die noch einen Funken Ehrgefühl in sich haben, die einen Funken von Patriotismus im Leibe haben, kurzum bei allen mit vornehmer Gesinnung die Broschüre, ihre Kritik und Sachdarstellung nur einen tiefen Unwillen habe erregen können. Die Kritik militärischer Einrichtungen stehe überhaupt Deuten wie Schöler gar nicht zu. Was dem Militär diene und frommt — meint der Herr Staatsanwalt — das muß das Kriegsministerium, das muß unser oberster Kriegsherr, der Kaiser, viel besser wissen, als der mehrfach bestrafte Arbeitssoldat Schöler.

Er beantragt schließlich 18 Monate Gefängnis. Die Verteidiger suchen in längeren Ausführungen die Rede des Staatsanwalts zu widerlegen und weisen nachdrücklich auf die Punkte hin, die durch die Zeugenaussagen vollkommen bestätigt worden sind.

Das Urteil haben wir bereits mitgeteilt. In der Begründung hieß es:

Bei der Strafabmessung sei als erschwerend ins Gewicht gefallen, daß der Inhalt der Broschüre geeignet sei, das Gemüt der Soldaten zu vergiften. Die Eltern würden nur mit Sorge und Furcht ihre Söhne zum Militär schicken. Im Zustande erfolge eine Erschütterung der Sicherheit, im Auslande entstehe ein Herrbild von den deutschen Heereseinrichtungen, ein Herrbild, für das der Angeklagte gar nicht die Verantwortung tragen könnte. Er hätte daran denken müssen, daß unsere Armee und ihre Offiziere mit der selbstlosen Hingabe ihres Lebens bisher ein Vorbild gewesen seien, er durfte nicht vergessen, daß auch sein Herz durch die beleidigten Offiziere mitgeschliffen werde. Fängt sei von höchster Stelle das Mahnwort gefallen: „Es ist die Pflicht jedes Deutschen, das Volk in Waffen hochzuhalten!“ Wenn Se. Majestät ja gesprochen habe als Herold des deutschen Volkes, so müsse dem jeder gute Deutsche unbedingt zustimmen. Bei dem Angeklagten hätten jene erhabenen Worte keine Stelle gefunden. Freilich seien in den persönlichen Erfahrungen Schölers auch Gründe zu einer milderen Auffassung zu finden.

Fällen ihre Genehmigung nur unter der Bedingung zu erteilen, daß die vorgeschriebene Vorsehung über die erfolgte politische Anmeldung von Versammlungen beziehungsweise die christliche politische Genehmigung zu Versammlungen unter freiem Himmel oder zu öffentlichen Aufzügen vor Beginn derselben dem Rektor vorgelegt wird. Den gesinnungstüchtigen Studenten wird man mit diesen Vorschriften nicht zu hart zusehen.

Die 14. Hauptversammlung des Deutschen Freidenkerbundes hat Ende Mai in Wiesbaden stattgefunden. Die Herren Professor Büchner, Dr. Bruno Wille u. a. traten als Redner auf. Die freireligiöse Gemeinde in Berlin zählt 8800 Mitglieder. Aus Solingen bagener wird mitgeteilt, daß der dortige Verein keine Fortschritte verzeichne, weil ihm die „sozialdemokratische Partei entgegenarbeite.“ Köln könne schon jahrelang nicht wirken, weil es kein Lokal besäme. Wenn sich auch ein Ort einmal dazu verstehen wolle, dann werde er von ultramontaner Seite umgestimmt. Frau Wilhelm berichtet von Hamburg, daß der dortige Verein der Hunderte von Mitgliedern zählte, auf 33 zurückgegangen ist, weil die Polizei die Versammlungen dadurch unmöglich mache, daß sie den Verein als einen solchen bezeichne, der den öffentlichen Frieden gefährde. Der Wiesbadener Verein berichtet im allgemeinen günstiges, Mannheim ungünstiges. „Es ist zwar eine geschlossene Schaar tüchtiger Kräfte vorhanden, aber die sozialdemokratische Partei hindert auch dort.“ Frankfurt a. M. hat durch die Angriffe der Sozialdemokratie eine gleich bei Gründung des Vereins hervorretende Schlappe erlitten, auch wohl durch Mangel an leitenden Kräften.

Frauenstudium. Auf dem christlich-sozialen Kongress in Stuttgart sprach der Nationalökonom Adolf Wagner, dem auch sein erbitterter Feind keinen allzugroßen Enthusiasmus für den Fortschritt vorwerfen kann, über die Erfahrungen, die er als Rektor der Berliner Universität mit studierenden Frauen gemacht habe. Früher habe man die Frauen von den Hörsälen zurückgewiesen, jetzt sei eine mildere Auffassung geltend geworden. Die Frauen werden als Hospitantinnen zugelassen, es seien ihrer etwa 70 in Berlin; vorwiegend Ausländerinnen. Immatrikulationen sollen vorläufig noch nicht erfolgen. Wir halten darauf, so fuhr er fort, daß eine gewisse Vorbildung bei ihnen nötig ist. Irgendwelche formelle und materielle Mißstände haben sich in den Vorlesungen nicht gezeigt, der Ton sei geradezu besser geworden. Er würde es

Zu den Tarifabmachungen im Buchdruckgewerbe

nahm eine gestern abend im Krystallpalast abgehaltene allgemeine Versammlung der Leipziger Buchdruckergehilfen Stellung. Nach einer heftigen Debatte, in der namentlich der Korrespondentredakteur Herr Gash, der Verbandsvorsitzende Herr Böllin-Berlin und der gewesene Gehilfenvertreter für Sachsen Herr Kriebel-Leipzig zum Wort kamen, nahm die von etwa 1800 Personen besuchte Versammlung mit allen gegen 30 Stimmen die nachstehende Resolution an:

Die am 1. Juni 1896 im Krystallpalast zu Leipzig tagende, von ca. 1800 Personen besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung protestiert gegen die Beschlüsse der Gehilfenvertreter bei den Tarifberatungen in Berlin am 15. bis 19. Mai d. J., indem sie erklärt: Die Nachteile, die der Gehilfenstand aus der Organisation der Tarifgemeinschaft, speziell aus der 5jähr. Dauer und halbjährlichen Kündigungsfrist erwachsen, sind so groß, daß sie die wichtigsten Zugeständnisse in diesem Tarife wertlos machen, da ohnehin die geplante Verkürzung der Arbeitszeit durch die Ausnahmebestimmungen für Drucker illusorisch gemacht werden.

Die Versammlung hält den Tarifentwurf vielmehr für ein Attentat auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter, das zurückzuweisen der Selbsterhaltungstrieb erfordert. Die Versammlung erklärt ferner, an diese Abmachungen nicht gebunden zu sein, da die Gehilfenvertreter zu so weitgehenden Zugeständnissen an die Prinzipale kein Mandat hatten, sondern gegen den ausgesprochenen Willen der Gehilfenstandes handelten.

Den Vertretern, einschließlic des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Buchdrucker, spricht die Versammlung ihr Bedauern wegen ihres Verhaltens aus und fordert diese Vertreter auf, ihre Ämter sofort niederzulegen.

Mit dem Verhalten des Korrespondenten erklärt sich die Versammlung ausdrücklich einverstanden.

Als Referent trat Herr Gash auf. Er führte aus, daß es ein Verdienst der Leipziger Buchdruckergehilfen sei, an den Berliner Abmachungen, die ein Schandfleck in der Buchdruckerbewegung seien, nicht mitgearbeitet zu haben. Schlimmer als er es geahnt und vorausgesehen habe, sei es gekommen. Das Ergebnis sei die Tarifgemeinschaft und die fünfjährige Gültigkeitsdauer des Tarifs. Sogar die Erhaltung der von den Prinzipalen geleiteten Arbeitsnachweise sei zugestanden worden, während in der Vorlage die Erziehung gemischter Nachweise vorgesehen gewesen sei. Den Gehilfen werde zugemutet, ihre Organisation zum Opfer zu bringen, während die Prinzipale von ihren Organisationen keinen Finger breit fahren lassen wollten. Die Gehilfenvertreter hätten die Lehrlingskassa des Prinzipalvereins anerkannt und einer Resolution zugestimmt, die den Gehilfen nur Sand in die Augen streue. Danach sollten die Lehrlinge, die in Nicht-Tarifdruckereien lernen, in tariffreien Druckereien keine Arbeit erhalten. Man wolle also die jungen Leute, die aus Unkenntnis in die den Tarif nicht zahlenden Druckereien als Lehrlinge kämen, für die Sünden der Prinzipale bestrafen.

Durch die Anstellung bezahlter Beamten aus dem Gehilfenstande bei dem zu gründenden Tarifamt würden nur Kreaturen und Renegaten geschützt. An den gemachten Erfahrungen sei erwiesen, daß solche von den Prinzipalen abhängige Personen zur Bekämpfung der Gehilfenschaft benutzt würden, wozu sie sich vorzüglich eigneten, da sie die Verhältnisse im Gehilfenlager genau kennen. Wie weit der „Mumpst“ in Berlin getrieben worden sei, zeige die Bestimmung, daß der Tarif sofort gedruckt werden solle, während über den Termin der Einführung des Tarifs kein Wort verlautete. Das schlimmste, was zusammengebraut worden, sei das Tarifamt, von dem Gemeinschaft mit den Prinzipalen u. a. auch statistische Erhebungen vorgenommen werden sollten. Die bisher von den Prinzipalen veröffentlichten statistischen Angaben über die Wohnungsverhältnisse und Lebensmittelpreise sollten doch gezeigt haben, wie die Prinzipale Statistik trieben, um die gerechten Ansprüche der Gehilfen auf Lohn und Arbeitszeit abzuweisen. Ueber die Höhe der Gehilfenbeiträge zu den Kosten des Tarifamtes sei ein Beschluß noch nicht gefaßt. Die Gehilfenschaft solle mit den Resultaten der Verhandlungen langsam angefüllt werden. Die Leitung der Gehilfenschaft sage sich, lasse sich die Gehilfenschaft das bisher Beschlossene gefallen, so könne ihr später noch mehr zugemutet werden. Die ganze Angelegenheit habe nicht nur ein privates Interesse für die Buchdrucker, sondern gehe die gesamte Arbeiterkategorie an, da mit der neuen Tarifgemeinschaft ein von den Prinzipalen ausgehender Plan zur Verwirklichung kommen solle, mit dem das Koalitionsrecht, dieser Grundpfeiler der modernen Arbeiterbewegung, beseitigt werden solle. Die von dem Verbandsvorstand als Nachwort bezeichnete Broschüre: Die Neue Tarifgemeinschaft der Buchdrucker erörtere hierfür den unwiderleglichen Beweis. Der Redner kennzeichnet dann noch die Behauptung, daß, wenn Leipzig bei den Berliner Tarifabmachungen vertreten gewesen sei, es den höchsten Lokalzuschlag wie Berlin und Hamburg erhalten haben würde, als eine der Lügen, mit der gewisse Leute jetzt haustieren gingen. Der Prinzipalvertreter Ramm habe ausdrücklich erklärt,

auch als Schande der deutschen Jugend bezeichnen, wenn die studierenden Damen irgendwie belästigt würden. Die Damen seien besonders eifrig und fleißig. Er habe in seinem Seminar unter 40 Mitgliebrern eine Dame gehabt, die von allen das tüchtigste, geschickteste und durchgebildetste Mitglied gewesen sei. Nach diesen Erfahrungen können wir sagen: es wird den Frauen der Besuch der Hochschule etwas erleichtert werden.

Männerjagd. In England ist unter den jungen Mädchen der „höheren Stände“ eine wahre Manie ausgebrochen, Krankenpflegerinnen zu werden. Die Matriken der großen Londoner Hospitäler werden mit Bewerbungsschriften überfüllt. Beinahe mehr melben sich, als gebraucht werden können. Die meisten der Bewerberinnen sind blutjunge, unerfahrene Backfische, deren Gründe, sich der Krankenpflege zu widmen, recht verschieden sind. Erstlich sind die Berufe sehr empfänglich und es besteht immerhin die Möglichkeit, einen zu erangeln und zu heiraten. Dann scheint den meisten Mädchen die Krankenpflege etwas sehr Leichtes zu sein. Der Standpunkt der Mädchen ist leicht begrifflich, es fragt sich aber, wie die Hospitäler sich zu stellen haben. In dieser Beziehung fangen die Zustände allmählich an, etwas bedenklich zu werden. Vor allem braucht man in den Krankenhäusern verlässliche Pflegerinnen. Ein kranker Mann will keine Kofette um sich, Krankenpflegerinnen auf Probe, die bald wieder weggeschickt werden müssen, gibt es schon die Fülle und Fülle. Für die englischen Hospitäler entsteht allmählich aber die erste Frage, wie sie sich die nötige Menge Pflegerinnen verschaffen sollen, die den schweren Beruf ernst nehmen und nicht eine selbstsüchtige Absicht hegen.

Ein objektiver Zeitungsberichterstatler. Arnoldi Basallo, der Chefredakteur des Blattes: Capitán Fracassa in Rom, ließ in Turin ein Lustspiel: Olympia aufführen, das vollständig durchfiel. Nach an demselben Abend telegraphierte der bei der Vorstellung anwesende Autor seinem Blatte: „Olympia vollständig durchgefallen. Charaktere verzeichnet, Handlung bürstigt.“

Humoristisches. Nobel. Prinzipal (zum Commis): „Herr Müller, dem Weichenblüh sei Sohn hat geheiratet! Telegraphieren Sie meine herzlichsten Glückwünsche“ und — legen Sie ihm's Telegramm auf's Conto!“

Kleine Chronik.

Leipzig, 2. Juni.

3 Annette von Droste-Hülshoff. Zu unserer Noitz über das Grab der Dichterin in Meersburg schreibt man uns: Einsender hat lange am Bodensee gelebt und kann sagen, daß das Grab der Dichterin nicht so vergessen ist, wie geglaubt wird. Ich habe oft gesehen, wie Fremde das Grab aufsuchten. Auch diejenigen, die kamen, um das Grab des bekannten Naturforschers und Wunderdoktors Anton Reimer zu sehen, das sich auf demselben Kirchhof befindet, vergaßen das Grab der westfälischen Dichterin nicht. — Uebrigens ruht am anderen Ufer des Bodensees bei Rorschach eine demokratische Dichterin, die bekannte Lady Aston (geb. Hahn aus Magdeburg), die 1871 brustleidend aus Australien zurückkam und am Bodensee starb. Gelegentlich werde ich Ihnen eine kurze Biographie dieses schönen und 1848 verfolgten Weibes senden, dessen Wahlpruch war: „Freiem Leben, freiem Lieben bin ich immer treu geblieben!“

Das studentische Vereins- und Versammlungsrecht betrifft eine von den preussischen Ministern des Kultus und des Innern getroffene Entscheidung, wonach die Bestimmungen des preussischen Vereinsrechts auch auf Versammlungen der studierenden Anwendung finden. Neben diesen Bestimmungen des allgemeinen Rechts gelten für die Studierenden die Sonder-Vorschriften, die der damalige Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten auf Grund § 8 des oben genannten Gesetzes vom 29. Mai 1879 unter dem 1. Oktober 1879 erlassen hat. Die Regierungspräsidenten sind aufgefordert, Anweisungen zu lassen, daß in allen Fällen, in denen Anträge über abzuhaltende Studentenversammlungen erstattet oder Anträge auf Genehmigung von öffentlichen Studentenversammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen gestellt werden, dem Rektor davon unverzüglich Mitteilung gemacht werde. Der Kultusminister hat die Universitätsrektoren angewiesen, den Studierenden zu Kenntnis zu bringen, daß die Unternehmer einer Studentenversammlung sich zunächst an den Rektor zu wenden und zuvörderst dessen Genehmigung einzuholen haben, bevor sie ihre Anträge auf Genehmigung der Anmeldung an die Ortspolizeibehörde richten. Dabei hat der Minister den Rektoren empfohlen, in den geeigneten

Fällen ihre Genehmigung nur unter der Bedingung zu erteilen, daß die vorgeschriebene Vorsehung über die erfolgte politische Anmeldung von Versammlungen beziehungsweise die christliche politische Genehmigung zu Versammlungen unter freiem Himmel oder zu öffentlichen Aufzügen vor Beginn derselben dem Rektor vorgelegt wird. Den gesinnungstüchtigen Studenten wird man mit diesen Vorschriften nicht zu hart zusehen.

Die 14. Hauptversammlung des Deutschen Freidenkerbundes hat Ende Mai in Wiesbaden stattgefunden. Die Herren Professor Büchner, Dr. Bruno Wille u. a. traten als Redner auf. Die freireligiöse Gemeinde in Berlin zählt 8800 Mitglieder. Aus Solingen bagener wird mitgeteilt, daß der dortige Verein keine Fortschritte verzeichne, weil ihm die „sozialdemokratische Partei entgegenarbeite.“ Köln könne schon jahrelang nicht wirken, weil es kein Lokal besäme. Wenn sich auch ein Ort einmal dazu verstehen wolle, dann werde er von ultramontaner Seite umgestimmt. Frau Wilhelm berichtet von Hamburg, daß der dortige Verein der Hunderte von Mitgliedern zählte, auf 33 zurückgegangen ist, weil die Polizei die Versammlungen dadurch unmöglich mache, daß sie den Verein als einen solchen bezeichne, der den öffentlichen Frieden gefährde. Der Wiesbadener Verein berichtet im allgemeinen günstiges, Mannheim ungünstiges. „Es ist zwar eine geschlossene Schaar tüchtiger Kräfte vorhanden, aber die sozialdemokratische Partei hindert auch dort.“ Frankfurt a. M. hat durch die Angriffe der Sozialdemokratie eine gleich bei Gründung des Vereins hervorretende Schlappe erlitten, auch wohl durch Mangel an leitenden Kräften.

Frauenstudium. Auf dem christlich-sozialen Kongress in Stuttgart sprach der Nationalökonom Adolf Wagner, dem auch sein erbitterter Feind keinen allzugroßen Enthusiasmus für den Fortschritt vorwerfen kann, über die Erfahrungen, die er als Rektor der Berliner Universität mit studierenden Frauen gemacht habe. Früher habe man die Frauen von den Hörsälen zurückgewiesen, jetzt sei eine mildere Auffassung geltend geworden. Die Frauen werden als Hospitantinnen zugelassen, es seien ihrer etwa 70 in Berlin; vorwiegend Ausländerinnen. Immatrikulationen sollen vorläufig noch nicht erfolgen. Wir halten darauf, so fuhr er fort, daß eine gewisse Vorbildung bei ihnen nötig ist. Irgendwelche formelle und materielle Mißstände haben sich in den Vorlesungen nicht gezeigt, der Ton sei geradezu besser geworden. Er würde es

auch als Schande der deutschen Jugend bezeichnen, wenn die studierenden Damen irgendwie belästigt würden. Die Damen seien besonders eifrig und fleißig. Er habe in seinem Seminar unter 40 Mitgliebrern eine Dame gehabt, die von allen das tüchtigste, geschickteste und durchgebildetste Mitglied gewesen sei. Nach diesen Erfahrungen können wir sagen: es wird den Frauen der Besuch der Hochschule etwas erleichtert werden.

Männerjagd. In England ist unter den jungen Mädchen der „höheren Stände“ eine wahre Manie ausgebrochen, Krankenpflegerinnen zu werden. Die Matriken der großen Londoner Hospitäler werden mit Bewerbungsschriften überfüllt. Beinahe mehr melben sich, als gebraucht werden können. Die meisten der Bewerberinnen sind blutjunge, unerfahrene Backfische, deren Gründe, sich der Krankenpflege zu widmen, recht verschieden sind. Erstlich sind die Berufe sehr empfänglich und es besteht immerhin die Möglichkeit, einen zu erangeln und zu heiraten. Dann scheint den meisten Mädchen die Krankenpflege etwas sehr Leichtes zu sein. Der Standpunkt der Mädchen ist leicht begrifflich, es fragt sich aber, wie die Hospitäler sich zu stellen haben. In dieser Beziehung fangen die Zustände allmählich an, etwas bedenklich zu werden. Vor allem braucht man in den Krankenhäusern verlässliche Pflegerinnen. Ein kranker Mann will keine Kofette um sich, Krankenpflegerinnen auf Probe, die bald wieder weggeschickt werden müssen, gibt es schon die Fülle und Fülle. Für die englischen Hospitäler entsteht allmählich aber die erste Frage, wie sie sich die nötige Menge Pflegerinnen verschaffen sollen, die den schweren Beruf ernst nehmen und nicht eine selbstsüchtige Absicht hegen.

Ein objektiver Zeitungsberichterstatler. Arnoldi Basallo, der Chefredakteur des Blattes: Capitán Fracassa in Rom, ließ in Turin ein Lustspiel: Olympia aufführen, das vollständig durchfiel. Nach an demselben Abend telegraphierte der bei der Vorstellung anwesende Autor seinem Blatte: „Olympia vollständig durchgefallen. Charaktere verzeichnet, Handlung bürstigt.“

Humoristisches. Nobel. Prinzipal (zum Commis): „Herr Müller, dem Weichenblüh sei Sohn hat geheiratet! Telegraphieren Sie meine herzlichsten Glückwünsche“ und — legen Sie ihm's Telegramm auf's Conto!“

daß er sich auf eine Erhöhung des Lokalaufschlages für irgend eine Stadt des Reiches Sachsen nicht einlassen werde. Redner schließt mit der Warnung vor einer Neuwahl des Gehilfenvertreter für den Kreis Sachsen und hofft, daß sich kein Kollege für das Amt finden werde, falls von der Gehilfenleitung, die den Prinzipalen eine Neuwahl bereits versprochen, ein solcher Versuch gemacht werde.

Darauf ergriff der Vorsitzende des Gehilfenverbandes, Herr Döblin, das Wort. Gafsch spielte sich auf als Gegner aller Verhandlungen, dabei sei alles, was bisher geschehen, sein Werk. Jetzt beschwüre er das eigene Recht. Er habe das Gefühl, daß Gafsch anderen Interessen diene, die Zukunft werde es lehren. Redner behauptet, daß sich die Parteipresse in die „familiären“ Angelegenheiten der Buchdrucker mische. Er wisse jede solche Einmischung entschieden zurück. Bedauerlich und zugleich charakteristisch sei es, daß mit der Broschüre: Die Neue Tarifgemeinschaft, die für 10 Pf. verkauft wird, noch ein Geschäft gemacht werde. Daß die Leipziger Gehilfen infolge der Haltung ihrer Prinzipale entriestet seien, sei ihr gutes Recht, aber Leipzig sei nicht Deutschland und das Erzeugnis dürfe nicht wieder preisgegeben werden. An dem königl. preussischen Gewerksverein habe sich nicht die Gehilfenschaft, wohl aber die Behörde den Kopf eingerannt. (Lachen.) Im Sinne der jetzt freiwillig getroffenen Tarifabmachungen werde in Erlaube die Befehlsgebung in die Regelung des Arbeitsverhältnisses eingreifen. Da sei es doch besser, die Buchdrucker warteten nicht erst auf die Befehlsgebung. Die Leipziger Volkszeitung habe schändlich gegen die Buchdrucker gehandelt und die gesamte Arbeiterschaft aufgefordert, die Buchdrucker bei all und jeder Gelegenheit zu insultieren. Von den Abmachungen über das Tarifamt könnten die Buchdruckergehilfen jeden Augenblick zurücktreten. Einseitliche Lohnfestsetzungen schlossen aber die Schmutzkonturrenz aus. Gafsch's Behauptungen beruhten auf Mißverständnissen, denn er könne nicht so viel bösen Willen bei ihm voraussetzen. Er werde sein Amt niederlegen, wenn er sähe, daß seine Ueberzeugung von der der Mehrheit der Verbandsmitglieder abweiche. Anderen Leuten aber, die im Trüben fischen wollten, werde er den Platz nicht räumen, sondern ausstarren bis zum letzten Augenblick.

Herr Krefschmar wirft die Frage auf, ob es wahr sei, daß die Gehilfenvertreter Reichshäuser-München und Nibel-Leipzig als bezahlte Beamte für das Tarifamt von den Prinzipalen in Aussicht genommen gewesen seien?

Herr Nibel beteuert, ein überzeugungstreuer Sozialdemokrat zu sein, und die Beschlässe der Leipziger Buchdrucker jeder Zeit zu respektieren. Unheimlich sei ihm aber die Einmischung der Parteipresse vorgekommen, zu der er ihr das Recht so lange bestritt, als nicht die Mehrheit der sozialdemokratischen Druckereien den Tarif bezahle. Dem Gafsch'schen Parteiblatt, in dessen Druckerei wegen der Vorgänge am 1. Mai zwei Verbandsmitglieder gemahregelt worden seien, wünsche er den Untergang. Auf den Bankrott des Blattes hin müsse gearbeitet werden, denn es sei nicht wert, daß es existiere. Zur Uebernahme der Stellung eines bezahlten Beamten beim Tarifamt sei er vom Verbandsvorsitzenden vorgeschlagen worden, er habe aber nach einiger Ueberlegung das Angebot abgelehnt. Im übrigen giebt der Redner dem Korrespondenten-Redakteur Gafsch die Hauptschuld an der jetzigen Situation, für den der Ausgang des Konflikts eine Frage über Sein oder Nichtsein bilde.

Herr Gafsch erklärt, alles, was ihm jetzt zum Vorwurf gemacht werde, habe er unter dem Drucke der Verbandsleitung mit ihm müssen, dabei aber stets darauf geachtet, daß der Gehilfenorganisation kein dauernder Schaden zugefügt werde. Seine Aufsehung gegen die Abmachungen der Gehilfenvertreter und der Verbandsleitung sei erst erfolgt, nachdem er genug Material gesammelt und die Beschlässe der Gehilfenvertreter die Aufsehung notwendig gemacht hätten, wenn er nicht zum Verräter an der eigenen Sache werden wollte. Wenn er seiner Zeit für lokale Verhandlungen mit den Prinzipalen eingetreten sei, so deshalb, weil er sich von diesen mehr verspreche, als wenn an der Centralstelle mit den geriebensten Unterhändlern aus dem Prinzipalslager verhandelt würde. Er sei dafür, daß überhaupt nur lokal verhandelt werde. Niedrig sei es, ihm bei seiner jetzigen Stellungnahme persönliche Motive unterzuschreiben. Wenn er auf seinen eigenen Vorteil habe bedacht sein wollen, so hätte er nur, wie es die anderen gethan, die Hände der Prinzipale zu drücken brauchen. Allerdings handele es sich um Sein oder Nichtsein, aber nicht seiner Person, sondern der Organisation der Gehilfen. Der Verbandsvorsitzende Döblin beizuge keinen Funken politischer Einsicht. Fortgesetzt habe Döblin sich über Artikel im Korrespondent aufgehalten, die nach seiner Ansicht nicht hineingehörten, und fortgesetzt habe er ihn (Redner) aufgereizt, die politische Partei anzurempeln. In der vorliegenden Frage sei es Recht

und Pflicht der Parteipresse gewesen, Stellung zu nehmen, da es sich um allgemeine Arbeiterinteressen handelte. Mit Händen und Füßen habe sich die denkende Arbeiterschaft gegen die Wiederherausführung der Innungsorganisationen mit ihrer Abhängigkeit der Arbeiter von den Prinzipalen gewehrt. Was bedeute denn aber die jetzt beschlossene Tarifgemeinschaft anders als die Wiederherausführung der Innungsorganisation von vor 80 Jahren, unter der die Buchdruckergehilfen nichts mehr zu belien hatten. Und jetzt stecke die Gehilfenschaft den Kopf freiwillig in die Schlinge, was den Bestreuer der Innungen nur Wasser auf die Mühle leiten könne.

Allerdings habe Redner in diesem Frühjahr den Kampf gesucht, weil er die Führerschaft gefamnt habe. Er sei unter dem Drucke der Hierarchie der Vereinskongresse mitgegangen. Wenn das ein Fehler gewesen, so sei er gut gemacht in dem Augenblicke, wo er zum Schutze der Organisation den auf ihm lastenden Druck abgeworfen habe. Er wisse überhaupt nicht, wie ein Gewerkschaftsblatt redigiert werden solle unter dem Einflusse der Prinzipale. Schon jetzt hätten diese zu diktierten versucht, wie der Korrespondent schreiben solle. Sollte diesem Einflusse nachgegeben werden, dann sei es besser, die Gehilfen hielten das Prinzipalsorgan: Die Zeitschrift, das sage deutlicher was die Prinzipale wollten. Redner habe nicht zum Selbstmörder an der eigenen Arbeit werden wollen. Wenn der Gewerksverein, der 5 Jahre gerüstet, es nun nötig habe, sich unter die Fittiche der Prinzipale zu flüchten, dann habe das Gewerksvereinsprinzip überhaupt bankrott gemacht. Aber das sei nicht wahr, ohne Not wollten die Gehilfenvertreter die Gehilfenschaft in Abhängigkeit bringen.

Redner tritt dann für die Broschüre: Die Neue Tarifgemeinschaft ein, als deren Verfasser er sich bekennt. Die Kennung des Verfassers sei unterblieben, um eine objektive Würdigung zu ermöglichen. Ein Geschäft mache er mit der Broschüre nicht, da an eine Honorarzahlung nicht gedacht werde. Herrn Nibel habe er schonen wollen. Bei dessen persönlicher Kampfesweise müsse er aber jede Rücksicht fallen lassen und sagen, daß Nibel bei den Tarifverhandlungen eine sehr traurige Rolle gespielt habe. Es sei ferner davon gesprochen worden, daß die Verhandlungen an einem Tage 18 Stunden gedauert hätten. Nun, Herr Nibel habe als Vertreter der Leipziger Gehilfenschaft während der 18 Stunden nicht den Mund aufgethan, so daß ihm von den Prinzipalen das Zeugnis ausgestellt worden sei, recht „ruhig“ geworden zu sein. An anderen Tage habe Nibel der Gehilfenschaft verübelt, daß er Vertrauen zu den Prinzipalen habe.

Mit der Befehlsgebung des Tarifamts seien die Gehilfen gefördert worden. Als Herr Nibel von dem Prinzipal Kamm, dem bekannten ehemaligen „Gefossen“, nach seinem Gehalte als Vereinskongressant befragt worden sei, habe Nibel zu den Prinzipalen (1) gehöhert, er beziehe überhaupt kein Gehalt, sondern stehe in der Leipziger Volkszeitung, in der ein mörderisches Verbrechen sei und er mehr arbeiten müsse, als er bezahlt bekomme. (Stimme unsere Antwort unter Leipziger Angelegenheiten.) Der Prinzipal Bürgstein habe später gesagt: Herr Nibel, ich lese es Ihnen an den Augen ab, Sie sind der richtige Mann für das Tarifamt. Und Herr Nibel habe geantwortet, es sei ihm schon recht, aber eine definitive Zusage müsse er sich vorbehalten. Vorher sei allerdings für den Posten auch die Person Reichshäuser in Frage gekommen, derselbe, der jetzt ihn (Gafsch) maßlos angreife, von dem er aber eine vom 5. Mai datierte Spritze in: Best! habe folgenden Wortlaut: „Am Samstag spricht hier Krefschmar, da kann ich mich gratulieren. Der Teufel hole den ganzen Tarif. Ich merke jetzt erst, was für ein Döns ich gewesen bin.“

Nach dieser Rede macht Herr Döblin darauf aufmerksam, daß die Versammlung unter allen Umständen zur Abstimmung kommen müsse, was unbedenklich sei, wenn die eingeleiteten Redner noch alle sprechen sollten. Er empfiehlt deshalb, von einer Weiterführung der Diskussion abzusehen und der obigen, von ihm eingebrachten Resolution zuzustimmen.

Die Versammlung giebt dieser Anregung Folge. Kurz vor 12 Uhr findet die Abstimmung statt, die, wie bereits bemerkt, die fast einhellige Annahme der Resolution Dehne ergab.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der deutschen Buchdrucker schloß die Versammlung.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Erhard Birk, Inhabers des Butters- und Margarinegeschäfts an gros unter der Firma: Erhard Birk hier, Reilstraße 9, II,

wurde am 1. Juni 1896 vormittags 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Herr Rechtsanwalt Dr. Deneke hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 4. Juli 1896 bei dem Gericht anzumelden.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Juni.

In eigener Sache.

Wie unsere Leser in dem an anderer Stelle der vorliegenden Nummer abgedruckten Bericht über die gestern abgehaltene Buchdruckerversammlung nachlesen wollen, haben die Herren Döblin und Nibel der sozialdemokratischen Parteipresse im allgemeinen und der Leipziger Volkszeitung im besonderen einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie den Vorgängen im Buchdruckgewerbe die gebührende Beachtung schenken. Wir wollen darauf nur bemerken, daß wenn es eines Beweises für die Notwendigkeit bedürft hätte, die Augen offen zu halten und die Rechte der gesamten Arbeiterschaft zu wahren, diesen Beweis die gestrige Versammlung zur Evidenz erbracht hätte.

Das Votum der versammelt gewesenen 1800 Buchdrucker erfolgte nicht zum wenigsten aus dem sie beherrschenden Klassenbewußtsein heraus, einem Bewußtsein, das den Verbandsleitern freilich mehr mangelt, als es erlaubt sein dürfte. Das Votum der Leipziger Buchdruckergehilfen rechtfertigt aber auch die „Einmischung“ der sozialdemokratischen Parteipresse, die, wie wir zu unserer Genugthuung konstatieren können, eine fast allgemeine ist. 23 Parteiblätter\* haben bis jetzt unseren Beitritt aus der letzten Donnerstagsummer zustimmend zum Ausdruck gebracht und damit die Augen der denkenden Arbeiterschaft auf die Vorgänge gelenkt, die — ob absichtlich oder nicht, bleibe dahingestellt — die Einleitung zu einer fein ausgetüftelten Exkomulgation des Koalitionsrechtes bilden.

Wie der Korrespondent-Redakteur Herr Gafsch gestern öffentlich erklärte, hat der in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung beschäftigte Schriftsetzer Herr Nibel gegenüber mehreren Buchdruckerleitern (natürlich lauter Ordnungsstücken bester Gattung) eine Behauptung aufgestellt, die trotz aller Nachsicht diesem Herrn gegenüber dem doch nicht unwiderlegt bleiben kann. Nach der Darstellung Gafsch's hat Herr Nibel — wohlverstanden gegenüber Unternehmern, die die Sozialdemokratie tödlich hassen — erklärt, in der Druckerei der sozialdemokratischen Leipziger Volkszeitung herrsche eine mörderische Arbeiterlei, und er (Nibel) müsse mehr verdienen, als er bezahlt bekomme. Da die bürgerliche Presse zweifellos wieder mit der Nibel'schen Äußerung gegen uns kreiben wird, seien hiermit die einfachen Thatsachen festgestellt.

Das aus 22 Sepern, 2 Retteuren und 2 Korrektoren bestehende Personal der Leipziger Volkszeitung wird mit Löhnen von 28 bis 36 M. entlohnt, und zwar erhalten 3 Seper 28 M., 11 Seper 29 M., 2 Seper 30 M., 3 Seper (darunter Herr Nibel) 31 M., 2 Korrektoren, 1 Seper und 1 Retteur je 33 M., 1 Seper 34 M. und 1 Seper und 1 Retteur je 36 M. Diese Wochenlöhne werden gezahlt bei einer effektiv achtstündigen Arbeitszeit, die von Herrn Nibel aber, abgesehen von dem bei seinen bisher innegehabten Aemtern notwendigen öfteren Fehlen in Beschäft, nur höchst mangelfast eingehalten wird. Einfach hinsichtlich ist auch die Behauptung,

\* Sächsisches Volksblatt, Volksblatt für Harburg, Reichliche Tribüne, Hallisches Volksblatt, Übersieder Freie Presse, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (Kiel), Wäcker Volksbote, Bielefelder Volksmacht, Kasseler Volksblatt, Unterfränkische Volkstribüne (Würzburg), Fränkische Tagespost (Münchberg), Oberfränkische Volkszeitung (Goi), Volksblatt für Anhalt (Dessau), Magdeburger Volksstimme, Steintiner Volksbote, Volkszeitung (Rostock), Breslauer Volksmacht, Volkswille (Hannover), Arbeiterstimme (Solingen), Braunschweiger Volksfreund, Brandenburger Zeitung, Altenburger Wähler,

Vom Musikfest.

IV.

Das historische Kammer-Konzert, das unter Leitung des Herrn Dr. Paul Kengel am Sonntag abend im kleinen Gewandhaussaale stattfand, gewährte einen hochinteressanten Einblick in die Entwicklung der westlichen Musik im 17. Jahrhundert. Diese Epoche ist für die Musikgeschichte besonders bedeutungsvoll, weil sich damals der große Umschwung von der mittelalterlichen zur modernen Tonkunst vollzog und unsere heutigen musikalischen Formen sich abzuklären und festzusetzen begannen.

Natürlich konnte im engen Rahmen eines Kammerkonzertes die ganze Entwicklung nur andeutungsweise gegeben werden, auch war es schon aus technischen Gründen nicht möglich, den Entwicklungsgang ganz streng innezuhalten, endlich mußten die Beispiele so gewählt werden, daß sie nicht nur das historische Interesse, sondern auch das jetzige musikalische Gefühl der Zuhörer befriedigten; es konnten also nur solche Stücke zum Vortrage kommen, die unserem heutigen musikalischen Empfinden nicht allzu fern lagen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, verdient die Zusammenstellung des Programms volle Anerkennung.

Die Einleitung bildeten drei Madrigale für a capella-Chor, und zwar ein italienisches, ein englisches und ein deutsches. Sie fallen noch in das 16. Jahrhundert und veranschaulichen jene Zeit, als die menschliche Stimme noch den Grundton und das Hauptinstrument der musikalischen Ausdrucksweise bildete, und man unter einer „Kapelle“ nicht eine Anzahl von Instrumentalisten, sondern einen Sängerkhor verstand. Die alte Kunst hatte als Grundlage solcher Kompositionen Volks- oder kirchlichen verwandt, die meist vom Tenor (daher der Name) „festgehalten“ wurden, während die anderen Stimmen diese Melodie in reichem kontrapunktischem Spiel umgaben. Die drei vorgetragenen Madrigale des Italieners Luca Marenzio (1550 bis 1599), des noch stark unter dem Einflusse der niederländischen Schule stehenden Engländers Th. Morley (1550—1604) und des Deutschen Leo Hasler (1564—1612), stehen aber schon auf dem Wendepunkte der älteren Kunst. Die kunstvolle, spielerische und überladene Kontrapunktik ist nicht mehr der Hauptzweck der Komposition, sondern die Meister nähern sich einem edleren, einfacheren Stil, in welchem das Textwort, der Sinn des Gesanges mehr zur Geltung kommen soll. Besonders das Tanzlied von Th. Morley: Ten's, Ten's! war zu seiner Zeit ungemein beliebt und ergöhte auch die heutigen Zuhörer durch seine Feinsche und drollige Originalität.

Nun machte das Programm einen Sprung von ungefähr 100 Jahren. An die Stelle des a capella-Chores tritt allmählich das Instrumental-Orchester.

Schon in früherer Zeit begann man, besonders bei drama-

tischen Aufführungen (Oratorien, Opern), die Singstimme mit Instrumenten zu begleiten. Den Grundbestandteil dieses Begleitungsorchesters bildeten aber nicht wie bei unserem jetzigen Orchester die Geigen, sondern Lauten. Gerne wurden aber auch einzelne Streichinstrumente oder ein Holzbläser zur Unterstützung der Singstimme, oder um mit dieser gleichsam einen Zwiesegang anzustimmen, herbeigezogen. Diese Einzelinstrumente lebten in unserer Opernmusik bis in die neueste Zeit hinein als sogenannte obligatorische Instrumente fort. Bald traten auch selbständige Instrumentalsätze als Einleitung des Ganzen — es entstand die Ouverture oder, wie man damals sagte, die Sinfonie — und als Zwischenstücke auf. Dadurch, daß diese Sinfonien und Zwischenstücke sich allmählich von der dramatischen Handlung und vom gesungenen Text emanzipierten und als selbständige Kompositionen auftraten, bildete sich die reine Instrumentalmusik. Da es sich aber nicht mehr um ein Begleitungs-, sondern um ein selbständiges instrumentales Gesangsorchester handelte, so mußten naturgemäß die tonarmen Lauten immer mehr hinter den Streichinstrumenten zurücktreten, bis sie schließlich ganz von diesen verdrängt wurden und aus dem Orchester verschwanden.

Mit G. Ruffal (1650—1704) treten wir also erst in die eigentliche Zeit der Instrumentalmusik ein. An der von ihm gespielten Suite in E-moll sehen wir, wie sich die größere selbständige Instrumentalform zuerst gestaltet. Der dramatische Text wird einfach weggelassen, und es bleiben als selbständige Orchesterkomposition die Ouverture, ein kleines Zwischenstück (Presto), drei Tänze (Sarabande, Bourrée und Gigue), noch ein dekorativ wirkendes Zwischenstück (Echo) und ein Schlußstück (Presto).

Durch das allmähliche Ueberwiegen des homophonen und über den polyphonen Stil ist die Melodie als selbständiges Ausdrucksmittel entstanden. Sie bildet sich nach zwei Richtungen aus, als vokaler und als instrumentaler Sologefang, es entstehen einerseits die Kantate, die gesungene Melodie und die Sonate, die gespielte Melodie mit allen ihren Varianten. Aus der Vereinigung mehrerer menschlicher Solostimmen gehen dann noch Duette, Terzette u. herab, während die selbständige Führung mehrerer Instrumentalstimmen, oder auch nur die virtuose Behandlung eines Instrumentes, im Gegensatz zum begleitenden Orchester das Konzert entstehen läßt.

Das Programm bot uns als Beispiele dieser Entwicklung ein Duett (V'ho detto tanto volte) von A. Lotti (1667 bis 1740) und ein Terzett (Voglio morir per te) von G. Tezaglia. Ersteres wurde von Fr. Baumann und Fr. Toulz, letzteres von den genannten Damen und Frau Mepler-Löwy sehr hübsch vorgetragen. Besonders das ungemeln melodische Terzett sprach sehr an. Als Begleitungsinstrument figurirte das Klavier, das allmählich an die Stelle der früheren Bante

tritt. Um dem Klang der alten, schwachtönenden Instrumente möglichst nahe zu kommen, begleitete Herr Dr. Kengel alle diese Sätze sehr diskret. Eine wunderliebliche Cello-Sonate von B. Locatelli (1698—1764) folgte, die von Herrn Georg Wille geradezu meisterhaft vorgetragen wurde. Herr Wille hatte sich ganz in den Geist der Zeit hineingelebt, und gerade darum war sein Vortrag so wirkungsvoll. Er wollte nicht durch modernen großen Ton glänzen, sondern brachte alles leicht und grazios, indem er das Cello fast wie eine Geige behandelte. Stürmischer Beifall lohnte den trefflichen Künstler. Herr Karl Dietrich sang dann eine Kantate und eine Arie von Alessandro Scarlatti (1649—1725), der seiner Zeit als Opernkomponist hochberühmt war (nicht zu verwechseln mit seinem Sohne Domenico, dem berühmten Klavierspieler).

Sehr interessant waren die nun folgenden Flötenvorträge des Herrn Max Schmedler. Zuerst spielte er auf einem modernen Instrument das Gravo aus dem Flötenkonzert in C-dur von Friedrich dem Großen, der nicht nur ein großer Verehrer der Flöte, sondern auch ein sehr begabter Musiker war; alsdann einen Konzertsatz in G-dur für Flöte und Cembalo von Joachim Quany (1697—1778). Das letztere Stück wurde auf einer alten noch unvollkommenen Flöte und einem alten Spinnet aus dem vorigen Jahrhundert vorgetragen, dessen surrende und nieselnde Töne beim Publikum große Feltzerzeit hervorriefen. Dadurch war also auch die eigentliche Klangwirkung der alten Musikwerte glücklich illustriert worden.

Ein humoristisch gehaltenes Duett von Carissimi (1704 bis 1774): Demotrit und Heraklit, das den lachenden und den weinenden Philosophen nebeneinander stellt (von den Herren Dietrich und Bink wirkungsvoll vorgetragen), gab uns einen Begriff von der spielerischen Kompositionsart der Barockzeit. Die Komposition ist allerliebste und fand auch vielen Beifall. Frau Baumann sang dann noch eine Arie von Caldara (1678 bis 1768) und die reizende Singarella von Paisiello (1741 bis 1816). Mit den letzten Vorträgen befinden wir uns bereits im 18. Jahrhundert, also an der Schwelle der neuen Zeit.

Womit hätte dieses Konzert nun besseren Abschluß finden können, als mit den beiden großen Wörtern dieser neuen Zeit, mit Bach und Händel. So machten denn das E-dur-Konzert für Violine und Streichorchester und das Concerto grosso von Händel den Schluß. Zwischen beiden Kompositionen aber sang Herr Gustav Vorchers mit schönem und sehr verständnisvollem Vortrag noch eine Anzahl von ihm bearbeiteter älterer Lieder, von denen Heinrich Alberts (1604—1651) Arie von Tharau, Joh. Adam Krügers (1684—1686): Halt ein! halt ein! und das Heidelberger Juch von Gerner (der um 1742 in Hamburg lebte), am meisten Anklang fanden.

H. M.

daß Herr Nibel seine Arbeitskraft über die erfolgende Bezahlung hinaus anstrengen müsse. Herr Nibel wäre sicherlich der Letzte, der einer solchen Zumutung nachgeben würde.

Wir haben diese Klarstellung nachgeben lassen, um den bürgerlichen Blättern, die mit Wollust alles aufgreifen, was sozialdemokratische Geschäftsbetriebe diskreditieren kann, von vornherein die wohlfeilste Suppe zu verjagen.

**Die Forderungen der Glaser** sind bis heute von neunzehn Meistern bewilligt, darunter vier der größten Maschinenfabriken. Die Innungsmeister verhalten sich dem Tarif der Gehilfen gegenüber noch ablehnend und wollen in der heute abend stattfindenden Versammlung definitive Stellung dazu nehmen. Ueber die Antwort der Innung beschließt morgen Mittwoch abend eine in der Flora abzuhaltende Gehilfenversammlung. Die Nachfrage nach Arbeitskräften von auswärtig ist eine außerordentlich große und haben eine Anzahl Ausländer schon verlassen. Die zu den bewilligten Forderungen arbeitenden Glaser sind mit roten Arbeitskarten versehen und wird die Arbeiterschaft Leipzigs ersucht, die nötige Kontrolle auszuüben.

**Zur Schmiedebewegung.** Um irrtümlichen Auffassungen vorzubeugen, ist zu dem gestrigen Bericht zu berichtigen, daß es sich bei dem auf Seite 5 erwähnten brieflichen Bescheid der Innung nicht um eine neuere Antwort, sondern um das am 20. Mai gegebene Antwortschreiben handelt. Im übrigen eruchen die Schmiede die Leipziger Arbeiterschaft um weitestmögliche moralische Unterstützung.

**Bei den Studienteuren** trat gestern, den 1. Juni, der neue Tarif in Kraft. Ob er überall durchgeführt wird, bleibt abzuwarten. Bewilligt ist der Tarif von 20 Geschäften. Nur die Firmen G. B. E. r. t., Feiler Straße; Otto Schulz, Plagwitz, und Jung, Lindenau, stehen noch aus. Ueber diese drei Klagen bleibt die Sperre bis auf weiteres verhängt. Ueber etwaige Nichterhaltung des Tarifes ist der Lohnkommission sofort Bericht zu erstatten. Die beabsichtigte Gründung eines Unternehmervereins ist nicht zu stande gekommen und sind deshalb auch die früher angeregten Verhandlungen unterblieben. Der Vater des Gründungsgedankens aber, Herr Max Manick, Anger, hat die Forderungen der Gehilfen unterschrieben. Die Lohnkommission ist zur Entgegennahme von Beschwerden und zur Ausmittlungsbereitwilligkeit allabendlich von 7/7 Uhr ab im Restaurant Stadt Hannover, Seeburgstraße, zu treffen. — Die gestrige Abend von 110 Personen besuchte Versammlung der Studienteure beschloß, an dem Tarif festzuhalten und ein wachsameres Auge auf die Durchführung des Tarifes zu haben. Gleichzeitig wurde gewünscht, den Bezug von auswärtig fernzuhalten, da ja drei Firmen noch nicht bewilligt haben. Als Revisoren zum Unterstufungsfonds werden die Studienteure Wunderlich und Schwarz gewählt, sonst wird noch aufgefördert, der Organisation beizutreten und dem Unterstufungsfonds nach besten Kräften Gelder zuzuführen und dem bisherigen Streikbeitrag von 1 Mk. und 2 Mk. in Wegfall zu bringen.

**Der Ausstand der Klempner Leipzigs** ist für beendet erklärt worden. Siehe den Bericht unter der Rubrik Vereine und Versammlungen.

**Wegen Fortführung der Pflasterarbeiten** wird die Karl-Geine-Straße zu Plagwitz und Lindenau in ihrer Ausdehnung von der Werfener Straße bis zum Kanale vom 2. Juni d. J. ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt.

**Der Verein deutscher Spediteure** hat auf seiner in Berlin abgehaltenen Generalversammlung als nächsten Vorort Leipzig gewählt.

**Das Gewicht der Doppelbriefe.** Im Publikum ist man häufig im Zweifel, ob ein Brief, der gerade 15 Gramm wiegt, noch einfaches oder schon doppeltes Porto zahlen muß. Eine neue Verfügung des Reichspostamtes macht diesem Zweifel ein Ende, indem es bestimmt, daß bei einem Briefe überschneidende Gewichtsteile von weniger als 1/4 Gramm nicht berechnet werden sollen. Es kann also ein einfacher Brief bis zu 15 1/4 Gramm wiegen.

**Von der Universität.** In dem Studien-Halbjahre vom November 1895 bis April 1896 haben an unserer Universität 250 Promotionen stattgefunden. Hier von entfallen 9 auf die theologische, 89 auf die juristische, 110 auf die medizinische und 62 auf die philosophische Fakultät. — Auf Einladung der Universität Jena findet am 28. Juni in Jena ein Zusammenkunft der Beamten der drei Universitäten Leipzig, Halle und Jena statt.

**Selbstmord- und Unfallstatistik.** Während des Monats Mai wurden in unserm Stadtgebiete 14 Selbstmorde von 8 Männern und 6 Frauen begangen. Es wurden und fanden den Tod durch Erhängen 7, durch Ertrinken 3, durch Sturz aus dem Fenster 2, durch Erschießen und Ausschneiden der Pulsadern je 1 Person. Eine Frau beging Selbstmord durch Ertrinken. Ferner erlitten 7 Personen durch Unfall 11 verschiedene Art den Tod, indem 3 Kinder in einer Sandgrube verschüttet, 1 Knabe auf der Wäschrolle querschnitt wurde, 1 Kind im Kanale ertrank, 1 Klempner von einem Reibstahl abstürzte und 1 in Sichtweite eingewickelte ältere Frau beim Anzünden von Licht den Plammentod erlitt. Bei einigen anderen schwereren Unglücksfällen ist tödlicher Ausgang noch nicht ausgeschlossen.

**Selbstmord** beging gestern mittag im Johannapark in der Nähe des Wächterhauses ein hier zugereister aus Schneeberg gebürtiger, 37 Jahre alter Wäcker dadurch, daß er sich die Kehle durchschnitt. Bald nach der That wurde sein Leichnam aufgefunden und nach der Anatomie gebracht.

**An der Elendurger Bahn** hatte sich am Sonntag nachmittag durch die Funken einer Lokomotive eine 50 Meter lange Raufschicht entzündet. Ein Bahnbeamter schlug das Feuer aus.

**Ueberrfahren von einem Radfahrer** wurde am Mittwoch Thonberg ein 50 Jahre alter Comptoirist. Der Verletzte wurde erst in seine Wohnung, dann aber wegen eingetretener Verschlimmerung seines Zustandes ins Krankenhaus gebracht.

**Unfälle.** Beim Abbringen von einem Mühlwagen brach gestern in der Pfaffenburger Straße ein hier zugereister Handwerksbursche das linke Handgelenk. — In der Göltschstraße zu Sellaerhausen durchstieß ein Markthelfer beim Fensterbrechen eine Scheibe und verletzte sich beträchtlich am Arme. — In einem Hause der Elshabergstraße zu Plagwitz fiel eine 40 Jahre alte Köchin von der Treppe. Sie erlitt so erhebliche Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus gefahren werden mußte.

**Verhaftet** wurde in einem Restaurant der Ringgasse ein 25jähriger Kellner aus Weisensfeld, der mit der dort bediensteten Kellnerin ein Liebesverhältnis unterhalten und aus Eifersucht

qual über deren freundlichen Verkehr mit anderen Gästen plötzlich, um sie zu erschrecken, einen geladenen Revolver gezogen hatte, den man ihm jedoch rechtzeitig entriß.

**Großschöcher.** Am Sonntag ging hier das Pferd des Schloßers Wäbe aus Knautzberg durch. Der Wagen, in dem sich noch zwei Kinder befanden, stürzte dabei um, doch haben die Kinder zum Glück nur leichte Verletzungen davongetragen. Der Vater der Kinder war vorher vom Wagen abgesprungen und hatte vergeblich versucht, die Kinder aus dem Wagen zu ziehen.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**Dresden, 1. Juni.** Der Reichstagsabg. des 6. sächsischen Wahlkreises (Dresden-Land), Genosse Georg Horn, tritt morgen eine Gefängnisstrafe von acht Monaten an. Die Strafe hat er sich in seiner Eigenschaft als Redacteur des Fachgenossen, des Organes der Glasarbeiter, zugezogen. Möge der hochbetagte Genosse die lange Strafe möglichst gut bestehen.

Nach amtlicher Mitteilung hat der Töpfergeselle Fleischer, der bisher trotz der von der Kriminalpolizei gegen ihn erbrachten erdrückenden Ueberführungsbeweise leugnete, den Töpfergesellen Koch ermordet zu haben, nunmehr in der Untersuchungsanstalt das Geständnis abgelegt, die That begangen zu haben.

Genosse Manfred Wittich aus Leipzig ist hier in der Verurteilung zu 14 Tagen Haft verurteilt worden. In einer im Dezember v. J. gehaltenen Rede soll er das „monarchische Gefühl“ verlegt haben.

**Reichenbach, 1. Juni.** Am Sonnabend brannte hier die mechanische Weberei der Firma Th. Biskowski u. Comp. vollständig nieder. Sämtliche Maschinen, darunter etwa 100 Webstühle, sind zerstört. 200 bis 300 Arbeiter dürften plötzlich brotlos geworden sein. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Der hiesige Stadtrat hat einen Zusatz zur Straßenpolizeiverordnung für die Stadt beschlossen und zur Veröffentlichung gebracht. Es wird dadurch die bereits in vielen anderen Städten bewährte Einrichtung eingeführt, daß bei gewissen geringfügigeren strafrechtlichen Uebertretungen (bassern dieselben nicht unter erschwerenden Umständen oder im Rückfalle begangen werden) der Betroffene berechtigt ist, sich durch sofortige Zahlung des Betrages von einer Mark an den Exekutivbeamten von jeder weiteren polizeilichen Untersuchung zu befreien. Die Beamten haben bei Entgegennahme des Strafbeitrages sofort eine Quittung zu erteilen und sind zu diesem Zwecke mit fortlaufend nummerierten Quittungsbüchern versehen.

**g. Zwickau, 1. Juni.** Heute fand vor der 2. Strafkammer des Landgerichts die Verhandlung gegen den Redacteur Karl Keil vom Sächsischen Volksblatt wegen Verleumdung des Gesamtministeriums statt. Eingeklagt ist der Anfang Februar aus der Sächsischen Arbeiterzeitung übernommene Artikel gegen das Wahlrechtsstatut, wegen dessen Veröffentlichung Genosse Wittrich von der Arbeiterzeitung bereits zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Auch das hiesige Gericht fand besonders in 2 Absätzen des Artikels Verleumdung auf Grund der §§ 185 und 186. Es erklärte zwar an, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen und seines eigenen Interesses gehandelt, da er sich in seinen Rechten als Staatsbürger durch den neuen Wahlrechtsentwurf beschränkt gefühlt haben könne; aber Form und Ausdrucksweise des Artikels seien beleidigend. Deshalb wurde der Angeklagte zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Als strafschwerend wurden die 2 Vorstrafen des Angeklagten wegen Verleumdung und Widerstand (10 Mk. Geldstrafe und 4 Wochen Gefängnis) betrachtet, als strafmildernd, daß der Artikel in einer politisch sehr erregten Zeit veröffentlicht worden und von Keil auch nicht selbst geschrieben, sondern nur nachgedruckt worden sei. Die Erkenntnisgründe lehnten sich an das Plaidoyer des Staatsanwalts mit an, der selbst für eine milde Beurteilung eintrat. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Schumann aus Plauen, verteidigte seinen Klienten mit großem Geschick, aber eine Freisprechung konnte er nicht erzielen.

**Gerichtssaal.**  
Landgericht.

Leipzig, 1. Juni.

**Reichthümliche Verschwendung.** Mit 50 Mark Monatsgehalt war der 20 Jahre alte Handlungsgehilfe Friedrich Paul Albert Herbert Bauchpfeiff aus Rottdorf bei Weimar bei der Expeditionskassa Berger u. Böhndel in Leipzig, Kohlenstraße, angestellt. Er, der schon 1892 in Weimar wegen schweren Diebstahls mit 3 Monaten 1 Woche Gefängnis bestraft ist, besitzt mit seiner Schwester zusammen ein Vermögen von 10000 Mk., das ihm aber erst nach seiner Mündigkeit zur Verfügung steht. Er wurde aber von zu Hause unterstützt. Zu seinem flotten Leben reichten jedoch seine Mittel nicht aus. Um sich nun noch von anderer Seite Geld zu verschaffen, ließ sich B. zu dem Passenpult seines Prinzipals einen falschen Schlüssel anfertigen. Mit ihm öffnete B. in der Zeit vom November 1895 bis zum 15. April 1896 wiederholt das Pult und stahl daraus in Einzelbeträgen bis zu 20 Mk. mindestens 600 Mk. Von der geschädigten Firma wurde anfangs die ihr abhanden gekommene Summe auf 1400 Mk. beziffert. Bei dem Widerspruch des Angeklagten konnte dafür, daß er diese Summe gestohlen habe, der Beweis nicht erbracht werden. Die Anklage nahm darum auch zu Gunsten B.s an, daß er mindestens 600 Mk. gestohlen habe. Von der II. Strafkammer wurde B. unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Von Nah und Fern.**

**Freiberg, 1. Juni.** Durch den gegen 1/10 Uhr vormittags hier von Dresden eintreffenden Güterzug wurde heute kurz hinter Edla Krone ein Bahnwärter überfahren und an beiden Unterschenkeln schwer verletzt. Der Unglückliche wurde alsbald dem Karoladhaus in Dresden zugeführt.

**Schönberg, 1. Juni.** Hier hätte sich am Montag nachmittag 6 Uhr 16 Min. ein schrecklicher Unfall ereignen können. Vermutlich aus Versehen war die Barriere am Bahnhofs offen gelassen und so befand sich ein mit drei Damen und einem Herrn besetztes Gefährt auf den Schienen, als der fällige Schwellen nach Plauen herangebraut kam. Nur das besonnene Eingreifen des Maschinenführers, der sofort zur Luftdruckbremse griff und nur etwa 1/2 Meter von dem Gefährt entfernt den Zug zum Stehen brachte, hat ein größeres Unheil vermieden.

**Berlin, 1. Juni.** Ein Liebesdrama trug sich in der Nacht zum Sonntag in Charlottenburg zu. An der Ecke der Göttestraße und der Herderstraße schoß der Ingenieur Otto Berner aus unmittelbarer Nähe mit einem Revolver auf die unberechnete Margarete Martens und verletzte sie nicht unerheblich. Der Thäter ist ein 28 Jahre alter ehemaliger Studierender des Polytechnikums in Charlottenburg. Während seiner Studienzeit wohnte er bis zum April dieses Jahres bei den Martensschen Eltern. Während dieser Zeit verliebte er sich in deren 18jährige Tochter Margarethe. Er zog im April nach Berlin, suchte jedoch häufig seine frühere Geliebte auf, an deren Treue er jedoch nach und nach zweifeln zu müssen glaubte. Da ihm der Gedanke, die Gunst des Mädchens mit anderen teilen zu müssen, unerträglich war, beschloß er, es zu töten. Am Sonnabend fand er sich vor dem Wohnhaus der Martens, Göttestraße 68, ein und wartete etwa 2 Stunden. Erst gegen 2 Uhr nachts kam die Martens nach Hause. Vor dem Hause Nr. 14 dieser Straße stellte er sich ihr in den Weg und feuerte nach einer kurzen, heftigen Auseinandersetzung plötzlich zwei Schüsse auf seine ehemalige Geliebte ab und ergriff darauf schleunigst die Flucht. Das Mädchen schrie um Hilfe, worauf der Gattinwitw Schonnapp erschien, der die Verwundete in ihre nahe gelegene Wohnung brachte. Es ergab sich, daß sie mehrere Schrottkörner in den Kopf erhalten hatte. Ein später hinzugerufenen Arzt erklärte die Verletzungen für nicht bedeutend. Die sofort aufgenommene Verfolgung des Berner war bis jetzt vergeblich.

Als heute vormittag 10 Uhr 35 Min. der Frankfurter Schnellzug in den Potsdamer Bahnhof einrollte, öffnete sich am Ende des Zuges, noch ehe er zum Stehen gekommen war, die Thür eines Abteils 3. Klasse. Auf dem Trittbret erschien ein kleiner Herr in ziemlich abgetragenem schwarzem Gesellschaftsanzug, des Ausbügels bedürftigen Cylinders, in der Hand einen gewaltigen Stock mit vergoldeter Spitze, an der ein großer Lapis Lazuli funkelte. Im Coupee hinter ihm erschienen zwei Gendarmen, die mit Mänteln, Gepäckstücken u. beladen waren. Es war Dr. Fritz Friedmann. Mit lauter Stimme rief der bekannte ehemalige Rechtsanwalt nach einem Gepäckträger, so daß die ehemalige, auf dem Bahnsteig anwesenden Personen erst auf den neubefeh, Keinen, leicht ergrauten und schlecht rasierten Herrn blickten, der sich so lebhaft gebürdete und dann wieder heftig gestikulierend sich zu seinen Begleitern umwandte. Als der Zug hielt, sprang er mit einem Satz auf den Bahnsteig hinab, ergriff, da der gewünschte Gepäckträger nicht sofort erschien, mit beiden Händen je einen ziemlich voluminösen, eleganten Handkoffer und trippelte dann mit eiligem Schritt dem Ausgang zu. In einigem Abstand hinter ihm schritten die beiden Gendarmen. Einigen Neugierigen, die ihn am Eingang des Gefängnis Hofes erwarteten und unter denen er auch wohl Bekannte sah, rief er mit resigniertem Achselzucken und verlegenem Nicken die Worte zu: „Nichts zu machen! Man muß sich in Geduld fassen!“ „Fridol und froh wie steck!“ — Fritz Friedmann wurde, eine Stunde nach seiner Ankunft in Wpabit, einem ersten Verhör unterworfen. Dem Sozialangeiger zufolge dürften die Verhandlungen einen für Friedmann günstigen Verlauf nehmen, da ein einwandfreier Zeuge beidigen will, daß die in seiner Gegenwart zwischen Friedmann und Berger geführten Verhandlungen bei der Ausbündigung der 6000 Mk. keinen Zweifel darüber lassen, daß es sich dabei um einen Darlehensvertrag handelte. Auch ein anderer Zeuge, und zwar eine juristische Person, hat an Eidesstatt erklärt, daß die Zinsen auf die 6000 Mk. regelmäßig als Darlehenszinsen eingekandt worden sind.

Die gerichtliche Versteigerung der Hammerstein'schen „Werkstätten“ hat gestern stattgefunden.

**Gettstedt, 1. Juni.** Dieser Tage hat sich in der Nähe unserer Stadt ein schrecklicher Unfall ereignet. Ein aus Gisleben kommendes Gefährt stürzte mit seinen Insassen einen steilen Abhang hinab in die Bippier, die an jener Stelle 1 Meter tief ist. Eine Frau wurde infolge des Sturzes der Kopf abgerissen, einer anderen der Kopf gänzlich zerschmettert. Der Kutscher erlitt einen Bein- und Armbruch; die übrigen zwei Insassen erlitten leichtere Verletzungen.

**Münchberg, 1. Juni.** Die Strafkammer verurteilte heute früh den Igl. Forstmeister Helldrich von Feucht wegen fortgesetzter Sittlichkeitsvergehen unter Annahme mildernder Umstände zu 3 Jahren Gefängnis.

**Stockholm, 28. Mai.** Eine Engelmacherin ist hier in der Person der fast siebzehnjährigen Witwe Dethberg verhaftet worden. Von 14 Pflegekindern, die sie seit zehn Jahren angenommen hatte, sind neun in ihrer Wohnung gestorben. Die übrigen starben bald, nachdem sie das Haus verlassen hatten.

**Kairo, 1. Juni.** In der theologischen Hochschule der Elshar-Moschee sind heute Unruhen vorgekommen. Die Studenten widersetzten sich dem Eintritte des Sanitätsbeamten, der Maßregeln bezüglich eines Cholerafalles zur Anwendung bringen wollte. Die Anführer schlossen das Thor der Moschee und empfangen Gouverneur Maher Pascha und seinen Stellvertreter mit einem Hagel von Steinen. Beide wurden verwundet und sahen sich gezwungen, sich zurückzuziehen. Die Erregung legte sich erst, nachdem die Ordnung durch den Polizeikommandanten Coles Pascha wieder hergestellt worden war.

**Vereine und Versammlungen.**

Die Klempner Leipzigs stellten am Sonntag den 31. Mai im Bantleon eine von 160 Personen besuchte Versammlung ab. Bei dem 1. Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell, wurde, nachdem der Grund der Abhandlung des bisherigen Delegierten genähert gekennzeichnet war, Kollege Bernstein mit diesen Posten betraut. Ueber den Stand des Streiks wird berichtet, daß sich noch 48 Mann im Ausstand befinden, von denen jedoch eine größere Anzahl in den nächsten Tagen untergebracht werden kann. Sonst ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten, da noch immer die Mitglieder des Verhandlungsorgans deutscher Klempnerinnungen sowohl wie auch die Firma Strich u. Sohn, als die größeren Werkstellen sich den Forderungen der Gehilfen gegenüber ablehnend verhalten. Da sich für diese Werkstellen eine größere Anzahl Klausuristen gefunden haben, so wird einstimmig beschlossen, den Streik beizulegen. Gleichzeitig wird der Antrag angenommen, über die Werkstätten, die nicht bewilligt haben, die Sperre zu verhängen. Die noch Ausständigen sollen weiter unterstützt werden. Da in einigen Werkstellen die neunständige Arbeitzeit zwar bewilligt ist, die Kollegen aber thatsächlich 10 Stunden arbeiten, wird diese Handlungsweise einer scharfen Kritik unterzogen und darauf hingewiesen, daß dieses Treiben schädigend auf den ganzen Lohnkampf wirken könnte. Es wird noch der Wunsch geäußert, daß die betreffenden Kollegen ihre Taktik ändern und dadurch ihre begangenen Fehler verbessern möchten. Hat auch die Lohnbewegung der Klempner bis jetzt nicht mit einem vollständigen Siege geendet, so steht demgegenüber doch fest, daß alle seiner Zeit ausständig Geworbenen nur zu den von ihnen gestellten Forderungen wieder in Arbeit treten und nicht eher gerührt wird, bis auch die rühmlichst bekannten Geschäfte den Forderungen nachgegeben haben.

Arbeiterverein Leipzig. Im Gasthof Neureubnik (Schönherr) hielt am 30. Mai Herr Prediger Wiener einen Vortrag über Thomas Morus und verlas es durch seine anregenden, unterhaltenden Ausführungen über das Leben und Wirken dieses englischen Volksanwalts und Staatsmanns sowie durch die Schilderungen seiner Utopia, die Zuhörer bis zum Schluss seines Vortrags zu fesseln. In der darauf folgenden Diskussion ergänzte der Referent noch durch Anregungen seinen interessanten Vortrag.

Döbeln, 31. Mai. Nachmittags 8 Uhr fand hier auf der Mülbenterrasse eine gut besuchte öffentliche Zimmererversammlung statt. Als Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Höper aus Leipzig über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation einen lehrreichen, fesselnden Vortrag und wurde vom Redner scharf das indifferente Verhalten der Döbeler Zimmerer kritisiert. Er schloß mit dem Mahnruf, sich zu organisieren und erntete reichen Beifall. Der Erfolg war, daß 23 Mann dem Verband der Zimmerer als Einzelnahmer beitreten, so daß in Döbeln sich somit eine Zahlstelle für den Verband der Zimmerer Deutschlands befindet. Eine weitere vom Döbeler Gewerkschaftsrat einzuberufende Versammlung soll sich mit der Wahl eines Vertrauensmanns beschäftigen.

Versammlungskalender.

Dienstag: Handlungsgehilfen und Gehilfen. Sals Restaurant, Schloßgasse 10. Abends 8 Uhr. T.D.: 1. Bericht über den Oberr in Berlin abgehaltenen 1. Kongreß der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handlungsgehilfen. 2. Debatte. 3. Bericht des Vertrauensmanns und Neuwahl desselben. Mittwoch: Werk-Verein. Partei-Versammlung. Gesellschaftshaus, Altenau. Abends 8 Uhr. T.D.: 1. Vortrag über: Die Sozialdemokratie und der Parteipolitiker. 2. Halbjährliche Abrechnung des Vertrauensmanns. Donnerstag: Arbeiter-Verein. Abends 8 Uhr. T.D.: 1. Besuch an die schützende Heide bei. Schaffung einer Bauarbeiter-Vereinigung. 2. Die Organisation der deutschen Arbeiter. 3. Die Einhaltung der Tariffrage für unsere Arbeiter. Freitag: Verein für naturgemäße Gesundheitspflege. Reichs-Verein. Abends 8 Uhr. Vortrag von Herrn Leiter Kisten aus Weisungen über: Geistigste und wissenschaftliche Begleitung der Naturheilkunde.

Mitteilungen aus dem Publikum.

(Für den Inhalt dieser Rubrik ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.)

In Nr. 122 der Leipziger Volkszeitung wird berichtet, daß der Arbeiterverein Leipzig zu seinem bevorstehenden Volksfest im Brauereigarten Stätterly die Kapelle der Freien Musiker-Vereinigung nicht engagiert hätte. Um keinen Irrtum ankommen zu lassen, bemerke ich hierzu folgendes: Die Sänger des Arbeitervereins beabsichtigen eine sehr schwierige Komposition von J. Scheu mit Orchesterbegleitung aufzuführen. Auch ein Fachmann, wenn er auch nicht für das Leipziger Tageblatt schreibt, hat dem Konzert im Brauereigarten beigezogen und uns nach dessen Anhörung mitgeteilt: Die freie Musiker-Vereinigung liefert eine vorzügliche Ball- und Unterhaltungsmusik, aber für Ihre Absicht genügen die Kräfte nicht. Wir konnten diesem Rat um so leichter nachkommen, als der Vorsitzende der Freien Vereinigung schreibt, letztere habe an dem betreffenden Tage viel zu thun und könne nur unter Hinzuziehung einer anderen Kapelle unseren Auftrag ausführen. F. Woffe, Vorsitzender des Arbeitervereins Leipzig.

Vermischtes.

Kunststadt i. Thür., 1. Juni. Bourgeoispröhlunge. Verhaftet wurden auf Requisition der Berliner Staatsanwaltschaft drei 16-17jährige Kaufmannslehrlinge aus Berlin, die sich in Begleitung eines gleichaltrigen „Dämchens“ seit etwa acht Tagen in einem Gasthause in Arnstadt häuslich niedergelassen hatten. Das vierblättrige Kleblatt hatte von Berlin aus eine Tour nach dem Rhein und dann nach Thüringen unternommen, zu der zwei der hoffnungsvollen Burtschen, die Gebrüder K., ihren Vater das nötige Reisegeld im Betrage von 4000 Mark entwendet hatten. Von dieser Summe wurde nur noch ein „schäblicher Rest“ bei den Durchgängern vorgefunden. Als die lebenswürdige Reiseführerin der unternehmenden jungen Leute merkte, daß in deren Portemonnaies bald Ebbe eintreten würde, hatte sie es in weiser

Vorsicht vorgezogen, in dem Augenblicke zu verschwinden, als die heilige Hermandad ihren Arm nach den drei Burtschen ausstreckte. Bemerkte sei noch, daß der beschuldete Vater selbst den Strafantrag gegen die Burtschen bei der Staatsanwaltschaft gestellt hatte.

Hamburg, 1. Juni. Ein früherer Hauptführer der Antisemiten in Hamburg-Altona, der Manufakturist Andersen, der sich der besonderen Freundschaft einiger antisemitischen Reichstagsabgeordneten rühmte, auch in Versammlungen, in denen sie sprachen, eine große Rolle spielte, ist verhaftet worden, weil er zahlreiche Schwindeleiten per Telefon ausgeführt hat. Bei einer Durchsichtung seiner Wohnung fand die Kriminalpolizei für mehrere Tausend Mark Waren, die er sich auf die angegebene Weise zusammengeschwindelt hat. Andersen ist übrigens wegen betrügerischen Bankrotts schon zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt und hat dieselbe verbüßt.

Paris, 30. Mai. In Jomy bei Commercy stürzte die sieben Meter lange Mauer eines Neubaus ein und tötete sieben Personen.

Wistra (Alger), 31. Mai. Ein aus Konstantine kommender Eisenbahnzug entgleiste gestern abend zwischen Tamarin und El Kantara. Ein Heizer wurde verletzt, zwei Schaffner erlitten leichte Quetschungen.

Quittung.

In den Monaten April und Mai 1896 wurden dem unterzeichneten Komitee folgende Summen übergeben:

Table with 2 columns: Description of contributions and Amount. Includes entries for Party members of the Südborough (250 M.), Party members of Westborough (110 M.), Party members of Westborough (10 M.), Party members of Westborough (8 M.), Party members of Westborough (140 M.), Party members of Westborough (100 M.), Party members of Westborough (250 M.), Party members of Westborough (120 M.), and the Agitation Committee of XII. and XIII. Reichstag districts (120 M.).

Briefkasten der Redaktion.

P. R. Abonnementsquittung einlesen. W. B., Liebertwoltz. Sie müssen sich an einen Arzt wenden. Wir treiben nicht Kurpfuscherei.

Küchenzettel der hiesigen Speiseanstalten.

Mittwoch: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Rubein mit Kalbfleisch. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Rubein mit Rindfleisch.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Table listing theater performances. Title: Die Fiedermans. Genre: Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Director: Kapellmeister Forst. Cast list includes: Gabriel von Eisenstein (Dr. Bauerberger), Rosalinde, seine Frau (Fr. Brada), Frau, Gesangs-Direktor (Fr. Demuth), Prinz Orlofsky (Fr. Osborne), Alfred, sein Gesangslehrer (Fr. Marion), Dr. Haste, Notar (Fr. Greiner), Dr. Blind, Advokat (Fr. Reibel), Adele, Rosalindens Stubenmädchen (Fr. Schrüber), Aly-Bay, ein Negypter (Fr. Richter), Ramusin, Gesandtschafts-Mittels (Fr. Bäurwinkl), Warrak, ein Amerikaner (Fr. Reumann), Carloni, ein Marquis (Fr. Wad), Lord Middleton.

Table listing names and titles. Includes: Frösch, Gerichtsbliener; Juan, Kammerdiener; Ida; Melanie; Felicitä; Eibl; Minni; Kaufmann; Elvira; Vertha; Lori; Paula; Erster; Zweiter; Dritter; Viertes; Ein Amtsdiener; Die Handlung spielt in einem Waberie in der Nähe einer großen Stadt. Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt. Einlaß 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 1/10 Uhr. Schauspiel-Vorstellung. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonnt. u. Festtagen von 10 1/2) bis 8 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 30 Pf.) von 1-3 Uhr. Spielplan: Mittwoch: Die Walfäre. Anfang 1/7 Uhr. Donnerstag: Der Mikado. Anfang 7 Uhr. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 Uhr. Sonnabend: Das Modell. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Bis Sonnabend: Geschlossen.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonnabend den 30. Mai 1896.

(Mitgeteilt von Gebrüder Glah.)

Table with 3 columns: Commodity, Unit, and Price. Includes: Weizen per 1000 kg netto (156-161 bez. Brf.), Roggen per 1000 kg netto (128-130 bez. u. Brf.), Gerste per 1000 kg netto (124-130 bez. Brf.), Malz per 50 kg netto (116-123 bez. Brf.), Hafer per 1000 kg netto (128-141 bez. Brf.), Mais per 1000 kg netto (98-97 bez. Brf.), Weizenmehl Nr. 00 23.00-23.50 (18.50-19.00), Roggenmehl Nr. 0 (15.50-16.00), Weizenschalen 8.75-9.25 M. (9.50-10.00 per 100 kg exkl. Sack).



Inventur-Ausverkauf.

Petersstrasse 37 Hugo Seifert Petersstrasse 37.

Meine gesamten Vorräte stelle ich, um vor der Inventur mein Lager möglichst zu verkleinern, zum Teil bedeutend unter Selbstkostenpreis zum Verkauf und empfehle u. a.:

Table listing various fabrics and their prices. Includes: Reinwollene Elsasser Beiges (1.40 bis 4.50 Mk. Meter), Reinwollene Elsasser Cheviots (1.80 bis 4 Mk. Meter), Reinwollene einfarbige Kammgarnstoffe (1.25 bis 5 Mk. Meter), Reinwollene Crêpons (2.50 bis 4.50 Mk. Meter), Reinwollene Mousselines (1.- bis 1.50 Mk. Meter), Reinwollene schwarze Fantasiestoffe (1.- bis 6 Mk. Meter), Reinwollene schwarze Grenadine u. Spitzenstoffe (1.20 bis 4 Mk. Meter), Reinwollene karr. u. gestr. Nouveautés (1.20 bis 4 Mk. Meter), Hochelegante halbseid. Kleiderstoffe (80 bis 60 Mk. für 20.- bis 30.-), Englische Mohairs und Lenos (2.- bis 4.50 Mk. Meter), Englische Fantasie-Kleiderstoffe (2.25 bis 5.- Mk. Meter), Englische weisse gestickte Batiste (1.- bis 2.- Mk. Meter), Elsasser Waschstoffe (0.90 bis 1.50 Mk. Meter), Waschechte Kattune, Piqués, Foulards, Barchente (0.40 bis 0.70 Meter), Costüme in neuesten Wollstoffen (20 bis 60 Mk. für 12.- bis 35.-), Wasch-Costüme, letzte Neuheiten, von 4.- Mk. an.

Table listing clothing items and their prices. Includes: ca. 1000 Pelerinen (1 bis 5 Mk.), Blousen und Morgenröcke (2 bis 12 Mk.), Unterröcke (1.50 bis 6), Corsetten (1.50 bis 6), Kinder-Mäntel u. Jackets (1.50 bis 12), Regen-Mäntel (3 bis 20), Regenmäntel m. Pelerine (9 bis 30), Staubmäntel (6 Mk. an.), Jackets (3 bis 25 Mk.), Umhänge u. Capes (10 bis 35), Seid. Visites u. Sorties (15 bis 30), Spitzenkragen u. Pelerinen (7 bis 20).